

**Protokoll über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen**

**- Öffentlicher Teil -**

Datum: 08.12.2022

Zeit: 17.15 Uhr bis 19.35 Uhr

Ort: Beratungsraum E.08, Stadtverwaltung Rathenow  
Berliner Straße 15, 14712 Rathenow

Teilnehmer: Stadtverordnete / ordentliche Mitglieder:  
Horst Schwenzer, Karin Dietze, Daniel Golze, Jürgen Vogeler,  
Dr. Uwe Hendrich und Jörg Rakow

Sachkundige Einwohner: Martina Bleis, Hans-Jürgen Grigoleit,  
Rocco Lenz, Wilfried Hummel

Mitarbeiter der Verwaltung: Herr Zietemann, Herr Goldmann,  
Frau Wodtke, Herr Remus, Frau Holzendorf, Herr Erben

entschuldigt: Corrado Gursch, Christiane Thielke (Seniorenrat)

unentschuldigt: Enrico Fülöp, Thomas Lotsch, Inge Zeuschner,  
Erik Prüß (KiJuPa)

Protokoll: Frau Jendretzky

**TOP 1: Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Ladung,  
der Anwesenheit und Beschlussfähigkeit**

Herr Schwenzer eröffnet um 17:15 Uhr die Sitzung und begrüßt alle Mitglieder des Ausschusses für Finanzen und Rechnungsprüfung, die sachkundigen Einwohner und die Mitarbeiter der Stadtverwaltung. Er stellt fest, dass die Einladung fristgemäß versandt wurde. Es sind von 7 stimmberechtigten Mitgliedern des Ausschusses **6 Mitglieder** anwesend, die Beschlussfähigkeit wird festgestellt. Die Tagesordnung wird einstimmig wie folgt bestätigt:

**Tagesordnung:**

**Öffentlicher Teil:**

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Ladung, der Anwesenheit und Beschlussfähigkeit
2. Protokollkontrolle vom 13.10.2022
3. Beantwortung offener Fragen aus der letzten Sitzung des Ausschusses für Finanzen
4. Einwohnerfragestunde
5. DS 121/22 – Haushaltssatzung der Stadt Rathenow für das Haushaltsjahr 2023
6. DS 112/22 – Vertrag mit dem Landkreis Havelland über die Instandsetzung und Nutzung der Wildannahmestelle, Bammer Landstraße 33 a in Rathenow
7. DS 115/22 – Überplanmäßige Auszahlung für Brandschutzmaßnahmen an der Grundschule "Friedrich-Ludwig-Jahn"
8. DS 116/22 – Aktualisierung der Entgelttabelle für die Inanspruchnahme von Leistungen des Betriebshofes
9. DS 119/22 – Benutzungs- und Entgeltordnung für Schulräume der Stadt Rathenow

10. Bericht zur Prüfung Abrechnung der Zuschüsse der Stadt Rathenow und der Freiwilligen Feuerwehr Rathenow sowie der Ortsteile Grütz, Götlin, Steckelsdorf, Böhne und Semlin der Rechnungsprüfung der Stadt Rathenow vom 26.10.2022
11. Sonstiges

#### **Nichtöffentlicher Teil:**

1. Beantwortung offener Fragen aus der letzten Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Rechnungsprüfung
2. Protokollkontrolle vom 13.10.2022
3. Bericht zur Prüfung der Stadtkasse, Handvorschüsse und Bestände der Rechnungsprüfung der Stadt Rathenow vom 11.11.2022
4. DS 133/22 – Grundstücksverkauf Genthiner Straße 68, Gemarkung Rathenow, Flur 1, Flurstück 65/2 tlw.
5. Sonstiges

#### **TOP 2: Protokollkontrolle vom 13.10.2022**

Mündliche oder schriftliche Einsprüche oder Anmerkungen gegen das AFR-Protokoll vom 13.10.2022 – öffentlicher Teil liegen nicht vor, somit gilt das Protokoll als bestätigt.

#### **TOP 3: Beantwortung offener Fragen aus den letzten Sitzungen des AFR**

Herr Goldmann teilt mit, dass die Antwort auf die Anfrage von Herrn Dr. Hendrich zur wirtschaftlichen Lage der Unternehmen noch aussteht. Die IHK hat zwischenzeitlich diesen Report mit der Befragung der Mitgliedsunternehmen im Zeitraum vom 19.09. bis 07.10.2022 über 16 Seiten erstellt und übersandt, welche dem Protokoll als Anlage beigelegt wird. Von den ansässigen Mitgliedsunternehmen haben 402 Unternehmen anonymisiert geantwortet. Es bestehen große Unsicherheiten aufgrund der Energiekrise, daher wird auch von einer Verschlechterung der Lage ausgegangen. Ferner bereitet der Arbeits- und Fachkräftemangel große Probleme.

Ferner informiert Herr Goldmann, dass es in der Stadtverwaltung keinen zentralen Ansprechpartner für Fördermittel gibt. Jeder Fachbereich ist für seinen Bereich selbst verantwortlich, die Fördermittel zu generieren. Die Informationen zu den Fördermittelprogrammen erhält die Stadt u.a. über Länderebene und Bundesgesetzgeber oder über Städte- und Gemeindebund.

#### **TOP 4: Einwohnerfragestunde**

Herr Grigoleit merkt an, dass er in Rathenow-Süd von dem Bundesweiten Warntag nur entfernt etwas wahrnehmen konnte. Hier sollte unbedingt nachgesteuert werden.

Herr Remus informiert, dass für die Stadt Rathenow bereits eine Schallauswertungsprognose erstellt und ermittelt wurde, in welchen Bereichen noch Sirenen fehlen. Für die fehlenden Sirenenstandorte wurden Fördermittel beantragt, die auch bewilligt wurden. Es werden noch fünf weitere Standorte mit Sirenen ausgestattet. Ein Standort befindet sich dann in Rathenow-Süd.

Es folgen keine weiteren Wortmeldungen.

#### **TOP 5: DS 121/22 – Haushaltssatzung der Stadt Rathenow für das Haushaltsjahr 2023**

Herr Zietemann führt zur schwierigen Haushaltsaufstellung und den zahlreichen geführten Fachgesprächen, -beratungen und -diskussionen aus. Die in den vergangenen Ausschüssen gestellten Änderungsanträge sowie die weitere erforderliche Änderungen werden zusammengefasst in einem Änderungsantrag zum Haushalt der SVV vorgelegt.

Herr Goldmann fasst die Änderungsanträge zunächst zusammen und gibt aktuelle Ausblicke zum Haushalt, Kernaussagen und freiwilligen Leistungen und zum Investitionshaushalt (vgl. Anlage PowerPoint Präsentation, Stand 08.12.2022).

Herr Rakow fragt nach, was unter der Position „Unterhaltung Stammholz“ zu verstehen ist.

Herr Goldmann teilt mit, dass diese Position alles umfasst, was für den Forstbetrieb notwendig ist, u.a. auch für die Instandsetzung der Waldwege, Gutachten für Baumbestände, Biotope etc.

Herr Golze regt an, dass im Stellenplan künftig eine Übersicht aufgenommen wird, um genau zu erkennen, was zukünftig wegfallend oder geplant werden soll.

Herr Goldmann erklärt, dass die Gesamtstellenanzahl aufgenommen wurde und den Bereichen der Stellenaufbau/-aufwuchs entnommen werden kann.

Frau Dietze erkundigt sich, wann der Beschluss zum Antrag des Heimatmuseums in etwa kommen könnte.

Herr Goldmann führt aus, dass dieser Antrag im ersten Bildungsausschuss des neuen Jahres beraten werden kann. Die Höhe der Zuwendung sollte nicht pauschal sondern abhängig von den Miet- und Betriebskosten ausgereicht werden. Dadurch ist eine Spitzabrechnung möglich und ggf. benötigt der Verein aufgrund der nunmehr beschlossenen Preisdeckel vielleicht nicht den gesamten beantragten Betrag.

Herr Zietemann merkt an, dass er hierfür keinen extra Beschluss für notwendig hält. Die Aufnahme in den Haushalt sei bereits mit Beschluss zur HH-Satzung erfolgt.

Frau Dietze ergänzt, dass ein SVV-Beschluss mit einem Festbetrag existiere, der gegebenenfalls aufgehoben werden müsste.

Herr Golze stimmt dem zu. Ansonsten würde z.B. der Antrag von FSV Optik Rathenow die Förderrichtlinie aushebeln. Hier muss die Richtlinie ebenfalls angepasst und darüber abgestimmt werden.

Herr Zietemann führt aus, dass ein Beschluss eingereicht wird. Mit der heutigen Zustimmung, erfolgt jedoch bereits die Aufnahme der Mittel in den Haushalt.

Herr Rakow erkundigt sich, ob in den Investitionsplanungen bereits Photovoltaikanlagen aufgenommen wurden. Ferner interessiert es ihn, ob die geeigneten Flächen von den stadt eigenen Gebäuden bereits erfasst wurden.

Herr Remus führt aus, dass bei der Otto-Seeger-Grundschule ein Blockheizkraftwerk (BHKW) der Rathenower Wärmeversorgung eingesetzt wird. Im Gebäude wurden Voraussetzungen geschaffen, um eine Photovoltaikanlage mit einem entsprechendem Zählersystem zu installieren. Es sollen demnächst Verträge mit der Wärmeversorgung abgeschlossen werden, so dass dort eine Photovoltaikanlage installiert werden kann. Ein ähnliches Konzept ist für die Gesamtschule in Rathenow-Ost ebenfalls geplant.

Herr Schwenzer erkundigt sich, ob eine entsprechende Summe in den Haushalt eingestellt wurde.

Herr Goldmann verneint dies. Die Investitionen werden durch die Rathenower Wärmeversorgung vorgenommen werden. Die Stadt refinanziert diese dann über den Strompreis, der immer noch günstiger sein wird als der Marktpreis.

Herr Golze moniert, dass ihm - wie bereits jährlich erwähnt - immer noch ein Ausblick für die nächsten Jahre als Einleitung fehle. Es sollten die Ideen und grundsätzlichen Gedanken dargestellt werden, um ein positives Ergebnis herbeizuführen oder wie eine Verbesserung herbeigeführt werden könnte.

Auf Seite 114 - Ordnungsangelegenheiten ist eine Erhöhung bei den Leistungsentgelten und den Kostenerstattungen zu verzeichnen. Er fragt an, ob es geplant sei, die ordnungsbehördlichen Aktivitäten auf der Straße zu erhöhen. Ferner interessiert es ihn, ob bzw. wie hoch die Anzahl der tätigen Ordnungsmitarbeiter derzeit ist bzw. was für das kommende Jahr geplant sei.

Herr Goldmann nimmt Bezug auf die erste Frage und teilt mit, dass Einsparungen vorzunehmen sind, dies aber nur gelingt, wenn eine Verbindlichkeit der Einsparvorschläge durch die Politik vorhanden ist. Es müssten sich Gedanken zu einem freiwillig Haushaltssicherungskonzept (HSK) gemacht werden. Dieses müsste nicht zwar nicht der Kommunalaufsicht, sondern der SVV zur Beschlussfassung vorgelegt werden und würde für eine gewisse Verbindlichkeit sorgen. Es wurden

bereits mehrere Satzungen (Beiträge) erhöht, um Einnahmen zu generieren. Aufgrund der derzeitigen Lage stehen diesen generierten Einnahmen aber auch wieder zahlreiche Ausgaben entgegen. Die Einnahmen der Bußgelder sind aufgrund des neuen Bußgeldkataloges gestiegen, der letztes Jahr in Kraft getreten ist.

Herr Erben weist darauf hin, dass diese Fragen bereits im AKO- und ABS-Ausschuss dargestellt und beantwortet wurden. Der Stellenplan 2022 weist sechs Stellen für den Außendienst aus. Diese Stellen sind bis auf den Streifenführer mit der Entgeltgruppe EG 6 vergütet. Diese sechs Stellen sind derzeit alle besetzt. Im Laufe des Jahres ist eine Mitarbeiterin aus dem Innendienst ausgeschieden. Diese Stelle konnte durch interne und externe Ausschreibung nicht neu besetzt werden. Ein Mitarbeiter des Außendienstes hat sich bereit erklärt, aufgrund seiner Qualifikation diese Stelle testweise auszuprobieren. Aufgrund dieser Situation entsteht eine Blockade, da diese probeweise besetzte Stelle bzw. die im Außendienst nicht ausgeschrieben werden können. Sofern diese Probezeit abgeschlossen wird, kann die Stelle neu besetzt werden. Dies bleibt jedoch zunächst abzuwarten. Hinsichtlich der Bußgelder hat er noch keinen Einblick in die Fallzahlen nehmen können. Er geht jedoch davon aus, dass die Anzahl gleichbleibend ist. Aufgrund der erhöhten Bußgelder sind die erhöhten Einnahmen zu verzeichnen. Er macht dennoch darauf aufmerksam, dass die Ordnungsverwaltung nicht für die Sanierung des Haushaltes zuständig ist, sondern Ziel sollte es eher sein, eine Verhaltensänderung zu erwirken und nicht Geld zu erwirtschaften.

Herr Golze nimmt Bezug auf Seite 163 der Haushaltssatzung, die denselben Planansatz wie in den vergangenen Jahren zum Obdachlosenhaus ausweist. Gibt es eine zeitnahe Lösung zum Leerzug des Gebäudes. Das Haus hat einen hohen Sanierungsstand. Die eingestellten 427,97 EUR werden nicht ausreichend sein bzw. wie sieht die weitere Entwicklung aus.

Herr Goldmann merkt an, dass planerisch keine Investitionen für das Obdachlosenhaus eingestellt wurden. Ein Konzept für den Leerzug des Obdachlosenhauses wurde durch Herrn Erben erstellt. Es sind noch fünf Dauerbewohner vorhanden, die untergebracht werden müssen.

Herr Erben verweist darauf, dass sich inhaltlich der ABS-Ausschuss damit befasst und die Thematik sowie das Konzept dort ausführlich besprochen wurde. Allgemeiner Konsens sollte sein, dass in das bestehende Objekt entweder enorme Investitionen oder gar keine getätigt werden sollten. Eine Zwischenlösung gebe es nicht. In der bestehenden Form kann weder mit dem Gebäudebestand, noch mit dem altersbedingten ausscheidenden Personal weitergearbeitet werden. An einer Lösung der Unterbringung der Bewohner wird gearbeitet. Jedoch gestaltet sich die Unterbringung bei fünf Bewohnern sehr schwierig.

Es wurde vermehrt mit dem Landkreis intensiv zusammengearbeitet, eine Lösung kann jetzt noch nicht präsentiert werden.

Herr Zietemann ergänzt, dass in den vergangenen Wochen eine Vor-Ort-Begehung mit Herrn Gall, der Sozialamtsleiterin sowie Prüfern vom Landkreis stattfand. Zu diesen fünf speziellen Fällen fand eine Begutachtung statt. Die Auswertung und Rückantwort zur weiteren Vorgehensweise bleibt abzuwarten und steht noch aus.

Herr Erben bietet an, ausführlich für Fragen und Lösungsansätze zur Verfügung zu stehen, gern auch in verschiedenen Fraktionssitzungen.

Herr Golze nimmt Bezug auf Seite 275 der Haushaltssatzung, der eine Erhöhung im Planansatz von 100.000 EUR zu entnehmen ist. Gibt es zeitnah eine Diskussion zur Kitasatzung bzw. wie erschließt sich diese Summe. Ferner interessiert ihn der aktuelle Besetzungsstand der Erzieher/innen in den Kitas.

Herr Zietemann teilt mit, dass gemeindliche Einvernehmen seitens des Landkreises für die Kitasatzung von 2018 erteilt wurde. Die Rechtsauffassung der Stadt wurde durch das OVG bestätigt. Es ist beabsichtigt seitens der Verwaltung, dennoch diese Satzung per Beschluss aufheben zu lassen und gleichzeitig an einer neuen Satzung zu arbeiten. In dieser sollen die derzeit geltenden rechtlichen Regelungen aufgenommen werden. Ferner soll die neue Kalkulation inhaltlicher Bestandteil werden. Die neue Satzung soll Anfang des Jahres in den Ausschüssen vorgestellt werden, so dass diese dann ab dem 01. August 2023 in Kraft treten kann.

Herr Goldmann ergänzt, dass die Ansatzserhöhung nicht für eine Erhöhung der Kitaplatzgebühren steht, sondern diese Zahl aufgenommen wurde, da hier höhere Belegungszahlen ausgewiesen werden. Sofern das neue Kitagesetz in Kraft tritt, erfolgen für die Folgejahre Überarbeitungen.

Herr Erben teilt mit, dass die Kalkulationen sich momentan sehr schwer gestalten, da die Gesetzesänderung bevorstehe. Ergänzend muss die Frage hinsichtlich der Erstattungshöhe des Landkreises für die Einnahmeverluste der Beiträge der Eltern mit einem Jahreseinkommen unter 25.000 EUR geklärt werden.

Frau Dietze erkundigt sich, ob es sich um Erstattungen von Eltern handele.

Herr Erben verneint dies. Es handele sich um Erstattungen, die vom Landkreis vorgenommen werden müssten für Beträge, die die Stadt nicht nehmen durfte, da eine entsprechende Verordnung dieses versagt hatte. Die Stadt hat jedoch in diesen Fällen keinen vollständigen Ausgleich erhalten, sondern lediglich eine Pauschale.

Herr Goldmann verweist noch auf den Stellenplan, der in bestimmte Gruppen untergliedert ist. Dem Sozial- und Erziehungsdienst, indem nicht nur die Erzieher, sondern auch die Schul- und Sozialarbeiter enthalten sind. Die Gesamtanzahl der Stellen für das Vorjahr weist 133 besetzte Stellen aus. Dieses Jahr beläuft sich die Zahl auf 137. Zum 30.06.2022 sind 128 Stellen ausgewiesen. Es werden noch einmal weitere Unterlagen zum Stellenplan erstellt, die in der SVV ausgehändigt werden, damit dann die Stellen je Fachbereich oder Einrichtung ersichtlich sind.

Herr Zietemann informiert, dass die Stellen für Erzieher/in ständig ausgeschrieben sind und auch aktuelle Bewerbungsverfahren durchgeführt werden. Die Anzahl der Bewerbungen ist rückläufig aber auch die Qualität der Bewerbungen ändere sich. Ferner gibt er zu bedenken, dass alle Träger und Kommunen Erzieher/in suchen. Wir haben derzeit nicht genügend Bewerbungen, um alle offenen Stellen zu besetzen.

Herr Erben merkt an, dass hierzu bereits ausführlich im Bildungsausschuss ausgeführt wurde. Der Stellenplan stellt in den Kitas nur einen rechtlichen Rahmen dar. In den Kitas gibt es die festen Schlüsselzahlen. Um die Betriebserlaubnis nicht zu gefährden, muss eine Besetzung gemäß der Inanspruchnahme gestellt werden. Neben der Stellenplansituation gibt es weitere Probleme. Es gibt einen erhöhten Krankenstand, eine Nachbesetzung ist dann nicht möglich, da die Stelle noch besetzt ist. Hinzu kommt, dass zu Coronazeiten und auch noch jetzt schwangeren Erzieherinnen sofort ein Beschäftigungsverbot ausgesprochen wird, die dann sofort aus dem Dienst ausfallen. Eine weitere Problematik stellt der jüngste Tarifabschluss dar, mit dem Regenerationstage eingeführt wurden. Dieses Jahr erhalten die Erzieher/innen 2 Tage pro Jahr, in denen ihnen zusätzliche Freizeit zur Erholung oder Regeneration geschaffen werden soll. In der Realität stellen diese Zeiten allerdings Belastungszeiten dar, für alle diejenigen, die die Arbeiten für die Kollegen ausgleichen müssen.

Herr Vogler erkundigt sich, wo noch Einsparungen vorgenommen werden können und fragt nach, ob alle Alternativen in Betracht gezogen wurden. Der Optikpark besteht bereits seit 15 Jahren, die Besucherzahlen werden sicher rückläufig sein. Vielleicht sollte hier eine andere Lösung gefunden werden. Der FSV Optik Rathenow stellt einen Bittbrief und erhält von der Stadt 10.000 EUR mehr. Bei der KWR erhält der FSV Optik Rathenow ebenfalls einen höheren Betrag, da sich der Zuschuss von bisher 50.000 auf 55.000 EUR erhöht. Es müssen Wege gefunden werden, die Stadt zu entlasten. Als die Wärmeversorgung die Schwimmhalle im Jahr 2002 für 500.000 EUR übernommen hat, hatte die Stadt Verluste in Höhe von 680.000 EUR bis 1 Mio. EUR gemacht, die durch die Wärmeversorgung ausgeglichen wurden. Es sind mittlerweile 20 Jahre vergangen und die Stadt konnte diese Summe einsparen. Der Schulsport ist eine hoheitliche Aufgabe, die durchgeführt werden sollte. Einige Sachen müssten anders organisiert werden und es sollten Vorschläge gesammelt werden, um nicht vor vollendete Tatsachen gestellt zu werden.

Herr Goldmann führt aus, dass innerhalb der Sparte Schwimmhalle eine Trennung vorzunehmen ist, zwischen dem öffentlichen Badbetrieb einerseits und dem hoheitlichen Schulsport andererseits, der von der Stadt auszugleichen ist. Derzeit wurden 40.000 bis 60.000 EUR für den Ausgleich des hoheitlichen Schwimmens ausgegeben.

Herr Schwenzer regt an, im neuen Jahr bereits früher über einige Sachen reden zu müssen. Hierzu sollte sich der Finanzausschuss mit dem Bürgermeister, Amtsleitern treffen.

Frau Dietze schließt sich diesem Vorschlag an. Bevor der Haushalt in den einzelnen Ausschüssen diskutiert wird, sollte man bereits mit den Abgeordneten und dem Bürgermeister, Amtsleiter sich zusammensetzen und grundlegende Fakten ausdiskutieren, ohne ein Haushaltssicherungskonzept aufzustellen. Jeder sollte sich Gedanken machen und diese auswerten, um festzulegen, welche Ideen umsetzbar und machbar sind. Dies hatte sie jährlich immer wieder moniert. Ferner erkundigt sie sich, ob es sich im Haushaltsplan auf Seite 269 - Jugend- und Suchtkoordinator um eine Stelle handelt.

Herr Goldmann informiert, dass es sich um zwei Stellen handelt. Da die Stellen ähnliche Inhalte haben, werden sie zu einer Produktkontobezeichnung zusammengefasst.

Herr Zietemann teilt mit, dass die Stelle des Suchtbeauftragten erneut ausgeschrieben wird.

Frau Dietze erkundigt sich ferner, wann die Ergebnisse aus der AG Optikpark präsentiert werden. Diese sollten bereits im September erörtert werden. Diese Ergebnisse könnten dazu dienen, um über die Zukunft des Optikparks zu entscheiden. In naher Zukunft sollten hier eine Auswertung und Diskussionsrunde stattfinden.

Herr Goldmann informiert, dass jemand beauftragt werden sollte, der eine theoretische Analyse aufgrund der gesammelten Informationen erarbeiten sollte. Jedoch war nicht genügend Zeit seitens der Verwaltung aber auch auf Seiten von Frau Fredrich, die stark in ihre Position der doppelten Geschäftsführung eingebunden war. Somit wurde diese Analyse noch nicht erstellt.

Frau Dietze hat bei der Vor-Ort-Besichtigung der Kita Olga Benario festgestellt, welcher verheerende Zustand den Kindern dort präsentiert wird. Seinerzeit sollte eine Kita gebaut werden für Krippenkin-der. Die alte Kita sollte nicht abgerissen werden, da diese noch in einem guten Zustand war. Damals fand keine Besichtigung statt und sie vertraute der Aussage. Es sollte sich im nächsten Jahr intensiv damit beschäftigt werden, was mit dieser Kita passieren sollte. Vielleicht können die Container der Westschule genutzt werden, solange die Bauarbeiten für eine neue Kita noch nicht abgeschlossen sind. Ein gleiches Bild scheint es in der Kita in Rathenow Neue Schleuse zu geben, wenn man hier von einem „feuchten Raum“ lesen muss, sollte hier ähnlich verfahren werden.

Herr Zietemann teilt mit, dass dieses Thema im nächsten Jahr im Bildungsausschuss diskutiert werden sollte. Grundsätzlich muss auch die Frage der zukünftigen Kitaentwicklung in Rathenow geklärt werden, wie viele Kita-Plätze und Kitas benötigt werden. So kann auch abgeklärt werden, ob die Kita Olga Benario saniert oder eine neue Kita gebaut werden muss.

Herr Dr. Hendrich erkundigt sich, ob die einmalige Zahlung in Höhe von 450.000 EUR für die Schwimmhalle bereits im Haushaltsplan eingestellt ist. Er kann dies im Plan nicht unter den freiwilligen Leistungen finden.

Herr Goldmann teilt mit, dass im Haushalt 2023 ein Zuschuss für die Schwimmhalle „Öffentlicher Badbetreib“ in Höhe von 450.000 EUR eingestellt wurde. Durch die vertraglichen Beziehungen mit der Wärmeversorgung, die Eigentümerin der Schwimmhalle ist, zahlt die Stadt den Verlust, sofern keine Gewinne vorhanden sind, um die Schwimmhallensparte auszugleichen. Diese Situation ist erstmalig aufgrund der Energiekrise eingetreten. Zu finden unter Seite 209 Transferaufwendungen Rathenower Wärmeversorgung GmbH sind 500.000 EUR eingestellt. Davon sind 50.000 EUR für das hoheitliche Schulschwimmen, die übrigen 450.000 EUR für diesen Zuschuss.

Herr Rakow erkundigt sich, wie viele Dienstfahrzeuge es in der Stadtverwaltung gebe. Er regt an, hier Einsparungen vorzunehmen bzw. über Zusammenlegungen nachzudenken. Eventuell sollte über die Anschaffung von Dienstfahrrädern, anstatt Pkws nachgedacht werden. Beim Landkreis wurden diesbezüglich auch Einsparungen vorgenommen. Herr Gall benutzt ein tolles Dienstfahrrad. Vielleicht erreicht man durch bessere Abstimmungen und Planungen eine Reduzierung. Ferner regt er die Abschaffung der privaten Nutzung ab.

Herr Zietemann bietet an, sich nach dem genauen Stand der Dienstfahrzeuge zu erkundigen und diese Information in der SVV am 14.12.2022 nachzureichen. Ferner teilt er mit, dass die Dienstfahrzeuge der Stadt nicht privat genutzt werden.

Herr Schwenzer nimmt Bezug auf die Unterstützungen der Stadt für den FSV Optik, Heimatmuseum, Frauenhaus etc. aufgrund der Energiekrise und fragt an, ob diese Antragssteller auch ein Energieeinsparkonzept vorgelegt haben. Vielleicht sollte diesen Antragstellern nicht die gesamten Kosten bewilligt werden, sondern nur 80 %, so wie sich der Rest der Bevölkerung. Generell sollte dies noch einmal geklärt werden. Jeder ist verpflichtet aufgrund dieser Situation zu sparen.

Herr Goldmann führt aus, dass die ersten Betriebskostenerhöhungen bereits versandt wurden. Zwischenzeitlich wurden die Preisdeckelbremsen beschlossen. Es wird keine Pauschale ausgereicht. Man könnte sich beim Zuwendungsbescheid auf eine Spitzabrechnung einigen oder lediglich einen prozentualen Anteil ausreichen, z.B. 80 %.

Herr Vogeler regt an, diese Überprüfungen auch beim FSV Optik zu machen. Der Verein ist abgestiegen und spielt eine Spielklasse niedriger. Die Fahrten zu den Spielen werden in nicht mehr so weit entfernte Städte vorgenommen. Trotzdem sind erhöhte Zuschüsse in Höhe von 10 TEUR bei der Stadt beantragt.

Frau Dietze erkundigt sich, ob der Verein auch Abrechnungen vorlegen muss. Ihr Mann rechnet jedes Jahr mit Frau Rahn oder Frau Rentmeister die gesamten Kosten bis ins Detail ab.

Frau Wodtke bestätigt, dass der Verein die Abrechnungen für das vergangene Jahr bereits eingereicht hat.

Frau Dietze fragt nach, warum die E.DIS eine Gewinnausschüttung an die Stadt tätigt.

Herr Goldmann erklärt, dass die Stadt Aktionärin ist.

Herr Golze nimmt Bezug auf die Seiten 239 und 250, bei denen es um Tourismus und Wirtschaftsförderung geht. Die Produktbeschreibungen sind nicht durch Personalaufwendungen untersetzt, daher erkundigt er sich, wie die Wirtschaftsförderung in der Stadt personell aufgestellt ist.

Herr Goldmann informiert, dass die Wirtschaftsförderung dem Sachgebiet Liegenschaften untergeordnet wurde und die Zahlen dort aufgeführt ist.

Herr Golze bittet um die genaue Anzahl der Beschäftigten im Bereich Wirtschaftsförderung und Tourismus.

Herr Goldmann teilt mit, dass derzeit eine Vollzeitbeschäftigte, eine Krankheitsvertretung, eine Teilzeitbeschäftigte in diesem Bereich arbeiten. Er weist darauf hin, dass bereits Anträge auf Reduzierung der Arbeitszeit eingegangen sind, so dass es im Wirtschaftsförderungsbereich noch zu Änderungen kommen wird.

Herr Golze nimmt Bezug auf Seite 266 des Haushaltsplanes, in dem es um die Rücklagen geht. Zum 31.12. weist die Rücklagengesamtsumme einen Betrag in Höhe von 16,4 Mio. EUR aus. Im Bericht wurde von einer Rücklagensumme von 12,9 Mio. EUR gesprochen.

Frau Wodtke weist darauf hin, dass der Rücklagenbetrag zum 31.12.2021 16,4 Mio. EUR betrug.

Herr Golze erkundigt sich weiter, dass der Kassenbestand derzeit 9,24 Mio. EUR. Wenn er es jetzt richtig versteht, hat die Stadt derzeit einen Stand von liquiden Mitteln in Höhe von 25,64 Mio. EUR.

Herr Goldmann verneint dies. Dieser Betrag ist nicht der Barbestand. Die Rücklagen können zum Ausgleich von Verlusten herangezogen werden.

Herr Golze erkundigt sich, ob die Stelle des 1. Beigeordneten für das nächste Jahr eingeplant wurde oder ob diese Stelle gestrichen wurde.

Herr Zietemann informiert, dass die Stelle des 1. Beigeordneten im Stellenplan aufgenommen wurde, jedoch nicht besetzt ist. Er denkt derzeit über eine eventuelle Besetzung nach. Sie ist enthalten aber verursacht zunächst keine Personalkosten.

Herr Golze bittet die Gefahrenquelle „Bushaltestelle Jahngrundschule“ zu beseitigen. Er hatte dieses Problem bereits mehrfach angesprochen. Er möchte diesbezüglich einen Termin benannt haben, wann dieses Problem beseitigt wird.

Herr Remus führt aus, dass das Problem an der Bushaltestelle bereits mit Platten beseitigt wurde.

Herr Golze verneint dies. Er meint nicht die Bushaltestelle in der Jahnstraße, sondern die Bushaltestelle auf dem Friedrich-Ebert-Ring bei der Jahngrundschule, die dringend einer Sanierung bedarf.

Herr Golze fragt nach, ob die Stelle „Kämmerer“ in den Stellenplan eingestellt oder gestrichen wurde.

Frau Dietze führt aus, dass seinerzeit die Stelle des Kämmerers einen „kw-Vermerk“ hatte. Dies kann aber so doch nicht sein. Der Kämmerer ist der Kontrolleur des Bürgermeisters und hat eine herausragende Stellung.

Herr Goldmann teilt mit, dass die Funktionen im Stellenplan nicht als separate Stelle ausgewiesen ist und in Personalunion mit dem Amtsleiter ausgeübt wird.

Herr Zietemann bestätigt, dass Herr Goldmann die Kontrolle in Form des Kämmerers ausführt.

Herr Golze moniert, dass offensichtlich die Stelle des Kämmerers dann gestrichen wurde. Daher spricht er sich für die Ergänzung im Stellenplan aus. Letztes Jahr wurde sich dafür eingesetzt, dass dieser kw-Vermerk gestrichen wird. Wenn bestimmte Dinge nicht dargestellt oder darauf hingewiesen wird, dann wird es klammheimlich weggestrichen und die Abgeordneten wissen nicht was passiert. Ebenso verhält es sich nunmehr mit der Stelle des Beigeordneten.

Herr Zietemann verwehrt sich hier gegen den Vorwurf der Heimlichtuerei. Die Stelle des Beigeordneten steht im Plan. Die Stelle zum Kämmerer bzw. diese Diskussion hierum kann er nicht nachvollziehen. Herr Goldmann ist in der Funktion des Kämmerers tätig und auch als Amtsleiter für Wirtschaft und Finanzen. Für ihn ist es nicht nachvollziehbar, warum eine weitere Stelle Kämmerer aufgeführt werden sollte. Es wurde beschlossen, dass Herr Goldmann Amtsleiter und Kämmerer ist und diese Funktionen ausführt. Sollte Herr Goldmann die Stadtverwaltung verlassen sollen, können diese beiden Stellen wieder ausgewiesen werden.

Herr Golze merkt an, dass es eine politische Fehlentscheidung war, diesen Beschluss zu fassen.

Frau Dietze schließt sich dem an und macht noch einmal auf die herausragende Stellung eines Kämmerers aufmerksam.

**Beschlussvorschlag:**

**Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Rathenow beschließt die Haushaltssatzung der Stadt Rathenow für das Haushaltsjahr 2023.**

**Abstimmung:                      Ja: 5                      Nein: 0                      Enthaltungen: 1**

Der Drucksache DS 121/22 wird zugestimmt ohne Änderungen.

**TOP 6:                      DS 112/22 – Vertrag mit dem Landkreis Havelland über die Instandsetzung und Nutzung der Wildannahmestelle, Bammer Landstraße 33 a in Rathenow**

**Beschlussvorschlag:**

**Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Rathenow beschließt den Abschluss des anliegenden Vertrages zur Instandsetzung und Nutzung des Gebäudekomplexes "Wildannahmestelle" in der Bammer Landstraße 33 a in Rathenow mit dem Landkreis Havelland.**

**Abstimmung:                      Ja: 6                      Nein: 0                      Enthaltungen: 0**

Der Drucksache DS 112/22 wird einstimmig zugestimmt ohne Änderungen.



**TOP 7: DS 115/22 – Überplanmäßige Auszahlung für Brandschutzmaßnahmen an der Grundschule "Friedrich-Ludwig-Jahn"**

Herr Goldmann führt aus, dass es sich hierbei lediglich um eine Umgliederung von Aufwand zu Investitionen handelt.

**Beschlussvorschlag:**

**Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Rathenow beschließt eine überplanmäßige Auszahlung in Höhe von insgesamt 260.000,00 € für die Investitionsmaßnahme "211005011003 - Brandschutzkonzept Grundschule Friedrich-Ludwig-Jahn. Die Deckung der Auszahlung erfolgt in voller Höhe aus dem Aufwandskonto "2110099.5211000 - Instandhaltung und Bewirtschaftung Grundschulen - Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen".**

**Abstimmung: Ja: 6 Nein: 0 Enthaltungen: 0**

Der Drucksache DS 115/22 wird einstimmig zugestimmt ohne Änderungen.

**TOP 8: DS 116/22 – Aktualisierung der Entgelttabelle für die Inanspruchnahme von Leistungen des Betriebshofes**

Herr Goldmann informiert, dass eine neue Kalkulierung nötig war, da die letzten Berechnungen dem Stand aus dem Jahr 2007 entsprachen. Ferner wurde die Umsatzsteuerthematik ab 2023 berücksichtigt. Die Transportleistungen wurden separat ausgewiesen.

**Beschlussvorschlag:**

**Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Rathenow beschließt die als Anlage beigefügte Entgelttabelle für die Inanspruchnahme von Leistungen des Betriebshofes. Die Entgelttabelle tritt zum 01.01.2023 in Kraft.**

**Abstimmung: Ja: 6 Nein: 0 Enthaltungen: 0**

Der Drucksache DS 116/22 wird einstimmig zugestimmt ohne Änderungen.

**TOP 9: DS 119/22 – Benutzungs- und Entgeltordnung für Schulräume der Stadt Rathenow**

Herr Goldmann informiert, dass die Sporthallen- und die Schulraumnutzung nunmehr in verschiedenen Verordnungen geregelt werden.

Herr Golze hält es für problematisch, dass in § 1 steht, dass die Stadt Rathenow den Antragsstellern die Benutzung der Räumlichkeiten verweigern kann.

Herr Erben verweist darauf, dass hier keine Satzung beschlossen werden soll, sondern eine Grundlage, um in Verträgen gleiche Dinge auch gleich zu handhaben. Die Verwaltung sollte wissen, auf welcher Grundlage, Verträge abgeschlossen werden können.

**Beschlussvorschlag:**

**Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die Benutzungs- und Entgeltordnung für Schulräume der Stadt Rathenow.**

**Abstimmung: Ja: 6 Nein: 0 Enthaltungen: 0**

Der Drucksache DS 119/22 wird einstimmig zugestimmt ohne Änderungen.

Um **19.23 Uhr** verlässt Herr Golze die Sitzung. Es sind von 7 stimmberechtigten Mitgliedern des Ausschusses nunmehr **5 Mitglieder** anwesend.

**TOP 10: Bericht zur Prüfung Abrechnung der Zuschüsse der Stadt Rathenow und der Freiwilligen Feuerwehr Rathenow sowie der Ortsteile Grütz, Göttlin, Steckelsdorf, Böhne und Semlin der Rechnungsprüfung der Stadt Rathenow vom 26.10.2022**

Frau Wodtke führt aus, dass diese Vereinbarung in den Jahren 2017 und 2018 mit den Fördervereinen der Freiwilligen Feuerwehren abgeschlossen wurden. Diese Zuschüsse stehen für die Würdigung der Arbeit der Feuerwehrkameraden und Kameradinnen zur Verfügung und sind für die Vereinsarbeit entsprechend ihrer Vereinssatzung einzusetzen. Geprüft wurden insbesondere die Abrechnungen der Jahre 2019 bis 2021. Die Mittel wurden überwiegend für Speisen, Getränke, Blumen und kleinere Anschaffungen verwendet. Die Abrechnungen sind ordentlich aufbereitet. Aufgrund der Pandemie konnten nicht alle Mittel vollständig verbraucht werden, so dass eine Übernahme ins nächste Haushaltsjahr möglich war. Dazu war eine Antragstellung notwendig. Ferner musste der Nachweis erbracht werden, dass das Geld sich noch auf dem Konto des Vereins befand. Es waren keinerlei Beanstandungen zu treffen.

Herr Golze nimmt um 19.26 Uhr an der Sitzung teil. Es sind von 7 stimmberechtigten Mitgliedern des Ausschusses nunmehr **6 Mitglieder** anwesend.

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

**TOP 11: Sonstiges**

Herr Vogler bittet um Überprüfung, ob Abgeordnete, die über einen längeren Zeitraum bzw. jahrelang nicht an Sitzungen teilnehmen, ein Recht auf Auszahlung der Aufwandsentschädigung haben. Herr Müller von der NPD ist seit Jahren nicht zu den Ausschüssen bzw. zur SVV erschienen. Er nimmt das ihm übertragene Amt nicht wahr und vertritt seine Wähler nicht, daher sollte über eine Einstellung der Zahlungen oder einen Passus hinsichtlich der Festlegung der Teilnahme an den Sitzungen nachgedacht werden. Dieses Verhalten geht gegen sein Rechtsempfinden.

Herr Schwenzer merkt an, dass beim Kreistag die Aufwandsentschädigungszahlungen nach dreimaligem Nichterscheinen eingestellt werden.

Herr Golze ergänzt, dass sich eine ähnliche Situation für den Stadtverordneten Brüggemann ergibt.

Herr Rakow hatte dies bereits angesprochen. Ihm wurde die Auskunft erteilt, dass bei dreimaligem Nichterscheinen, die Zahlungen eingestellt wurden.

Herr Golze meint, dass dies rechtlich nicht möglich sei. In der Aufwandsentschädigungssatzung sei ein derartiger Passus nicht enthalten.

Herr Goldmann bietet an, diese Informationen zur SVV nachzureichen.

Herr Grigoleit hat bereits seinen neuen Grundsteuermessbescheid erhalten. Ihn interessiert, ob die Stadt sich bereits Gedanken zu den Hebesätzen gemacht hat.

Herr Goldmann informiert, dass der Hebesatz frühestens im zweiten Halbjahr 2024 festgesetzt werden kann, da dann erst sichergestellt ist, dass eine gewisse Anzahl an Steuererklärungen abgegeben wurden. Es müssen mindestens 85 % der Grundstücksbesitzer ihre Erklärung abgegeben haben.

Frau Wodtke merkt an, dass aber bereits jetzt die Frist für den Einspruch eingehalten werden muss.

Herr Goldmann führt aus, dass Einspruch gegen den Grundsteuerwertbescheid eingelegt werden kann, um z.B. die richtigen Werte, Parameter etc. anzuzweifeln.

Um **19.34 Uhr** verlässt Herr Golze die Sitzung. Es sind von 7 stimmberechtigten Mitgliedern des Ausschusses nunmehr **5 Mitglieder** anwesend.

Herr Rakow erkundigt sich, wer die Hebesätze bestimmt.

Herr Goldmann teilt mit, dass diese durch die Stadtverordnetenversammlung beschlossen werden.

Herr Schwenger beendet um 19:25 Uhr den öffentlichen Teil des Ausschusses für Finanzen und Rechnungsprüfung. Die Nichtöffentlichkeit wird hergestellt.

Gegen den Wortlaut des Protokolls kann innerhalb von 7 Tagen nach Zustellung Einspruch erhoben werden.

Horst Schwenger  
Ausschussvorsitzender

Anlagen:  
IHK-Studie zur wirtschaftlichen Lage  
PowerPoint Präsentation HH 2023

# Konjunkturbefragung der IHK Potsdam Herbst 2022

## Ergänzende Informationen und Abbildungen

Befragungszeitraum: 19.09 – 07.10

Antworten: 402

### Inhalt

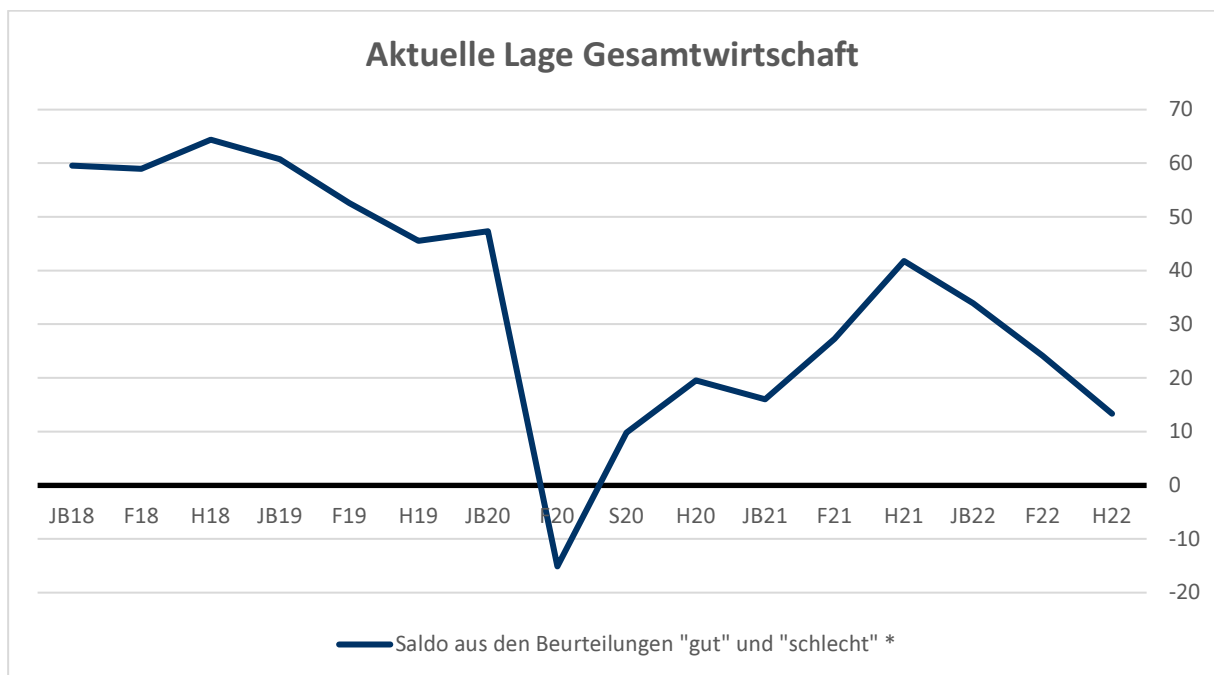
Gesamtwirtschaft:.....	2
Baugewerbe: .....	7
Industrie:.....	9
Dienstleistungen:.....	11
Handel: .....	13
Gastgewerbe:.....	15

## Gesamtwirtschaft:

**Aktuelle Lage verschlechtert – Betroffenheit durch steigende Energiekosten variiert – Geschäftsaussichten wiederholt klar verschlechtert – Preissteigerungen und Nachfragerückgang bringen Unsicherheit – Beschäftigungserwartungen trotz offener Stellen pessimistisch**

### Aktuelle Lage:

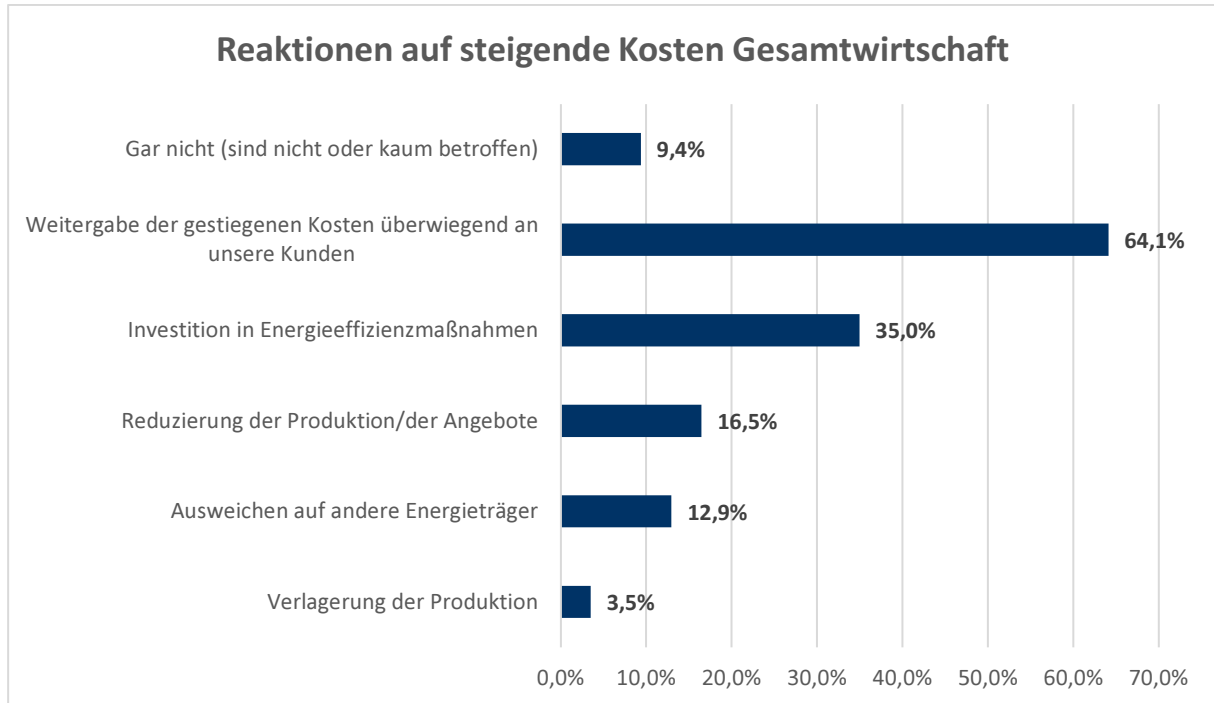
Die aktuelle Geschäftslage in Westbrandenburg hat sich im Vergleich zum Frühjahr verschlechtert und liegt nun bei 13,3 Punkten. Einige Unternehmen berichten von einer stabilen Auftragslage, andere spüren bereits einen Rückgang der Kaufkraft bei den Kunden. Auch die Betroffenheit durch die steigenden Energiekosten schwankt zwischen den Unternehmen. Zudem wird über alle Branchen hinweg über Personalengpässe berichtet. Die Berichte über Lieferschwierigkeiten sind im Vergleich zur Frühjahrsumfrage weniger geworden, für einige Unternehmen ist dieser Aspekt jedoch weiterhin von großer Bedeutung.



*\* Ein Saldo von 0 entspricht einer neutralen Lage, bei einem Saldo < 0 überwiegen die Beurteilungen schlecht, bei einem Saldo > 0 die Beurteilungen gut.*

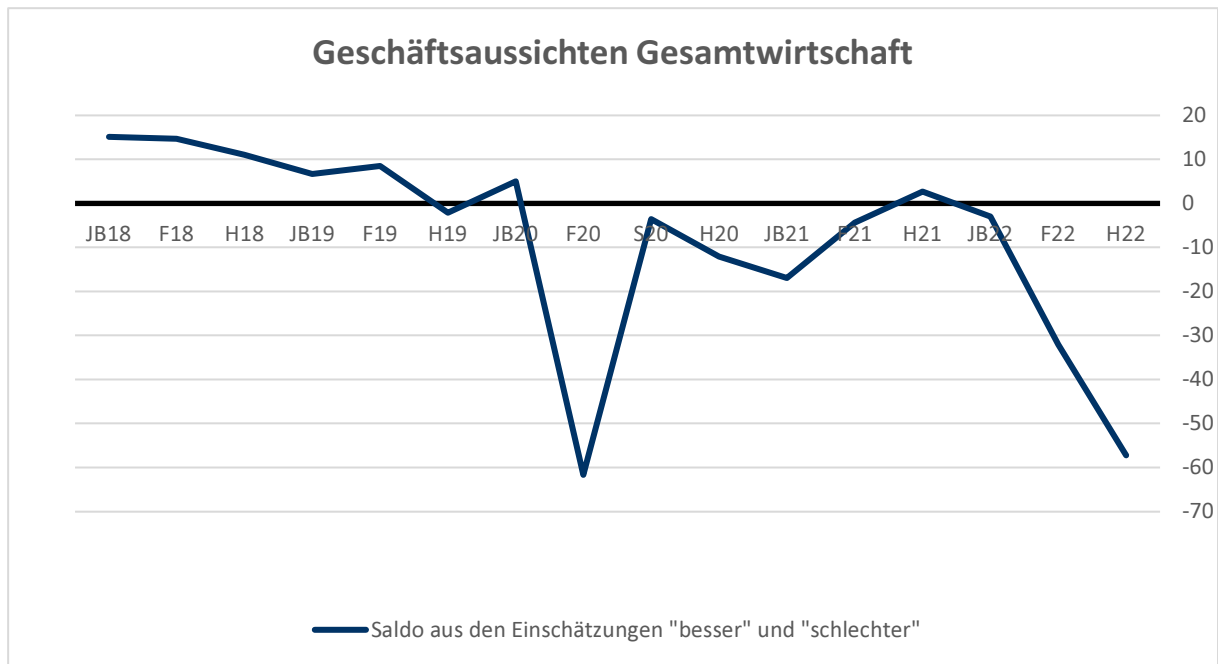
Als Reaktion auf die steigenden Energiekosten geben rund zwei von drei Unternehmen diese überwiegend an die Kundschaft weiter. Rund ein Drittel der Unternehmen investiert zudem in Energieeffizienzmaßnahmen. Mehr als 15 Prozent der Betriebe sehen sich gezwungen ihre Produktion

bzw. ihre Angebote zu reduzieren, etwas weniger weichen auf andere Energieträger aus. Ein kleiner Teil der Unternehmen verlagert die Produktion, weniger als zehn Prozent der Unternehmen sind nicht oder kaum von Energiepreissteigerungen betroffen.

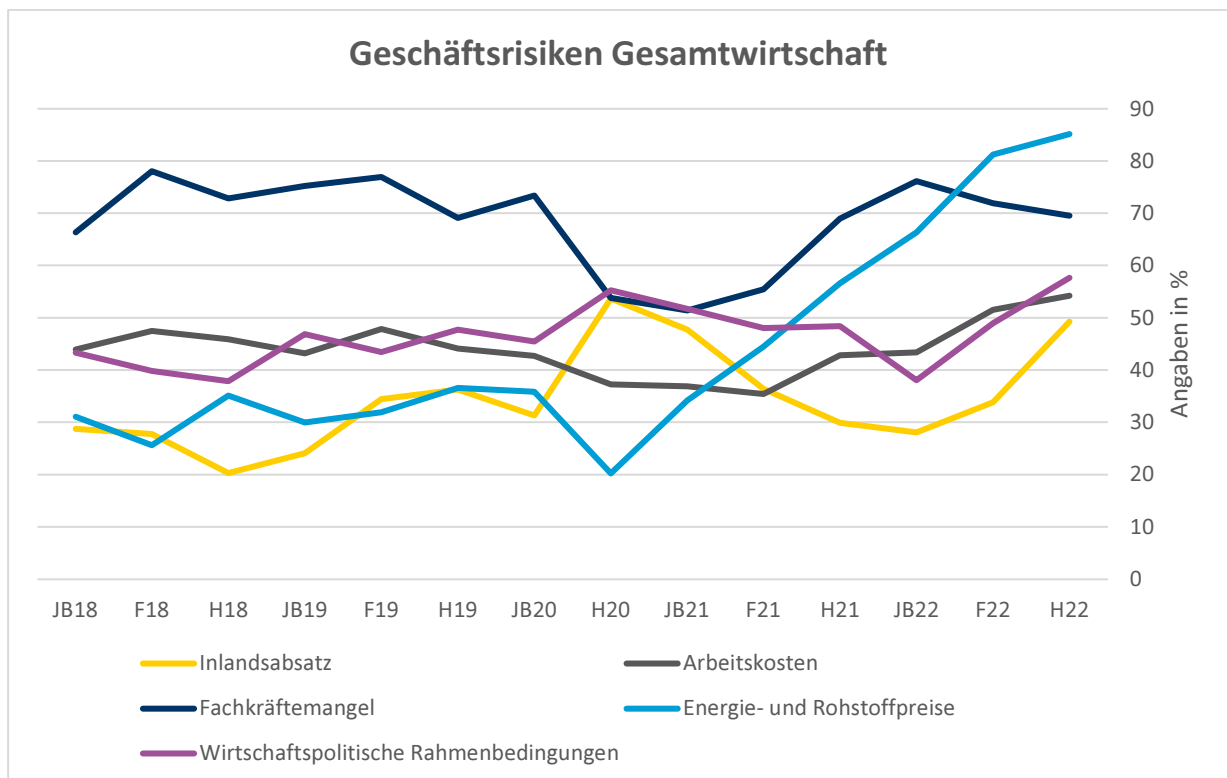


#### Geschäftsaussichten:

Bei den Geschäftsaussichten setzt sich der Abwärtstrend aus dem Frühjahr fort, der Saldo für die Gesamtwirtschaft liegt nun -57,3 Punkten. Eine klare Mehrheit der Unternehmen rechnet mit einer Verschlechterung der aktuellen Lage. Die Einschätzungen sind insbesondere auf Preissteigerungen im Energiebereich zurückzuführen, aber auch bei Rohstoffen und Löhnen belasten Unternehmen die Kostenanstiege. Hinzu kommt die Sorge vor einem weiteren Nachfragerückgang. Auch Lieferschwierigkeiten, der Personalmangel, Forderungsausfälle und steigende Zinsen besorgen die Unternehmen. Einige Unternehmen sind jedoch weitestgehend unabhängig von der Energiekrise, setzen Hoffnungen in neue Produkte oder haben bestehende Verträge und kommen so zu optimistischeren Einschätzungen.

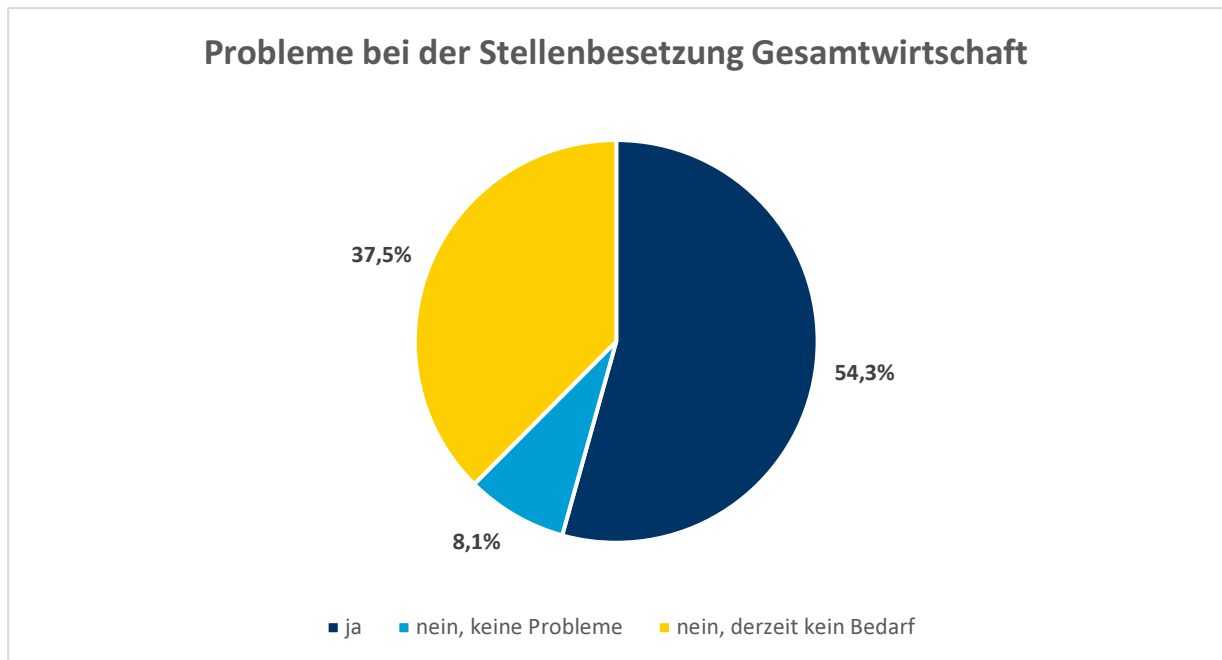


Größtes Risiko für die wirtschaftliche Entwicklung sind weiterhin die Energie- und Rohstoffpreise. Rund 85% der Unternehmen machen diese Angabe. Auch der Fachkräftemangel ist weiterhin für rund zwei Drittel der Unternehmen bedeutsam. Als zunehmende Gefahr wird zudem der Inlandsabsatz betrachtet. Über 50 Prozent der Unternehmen sehen außerdem Probleme bei den Arbeitskosten und den wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen.



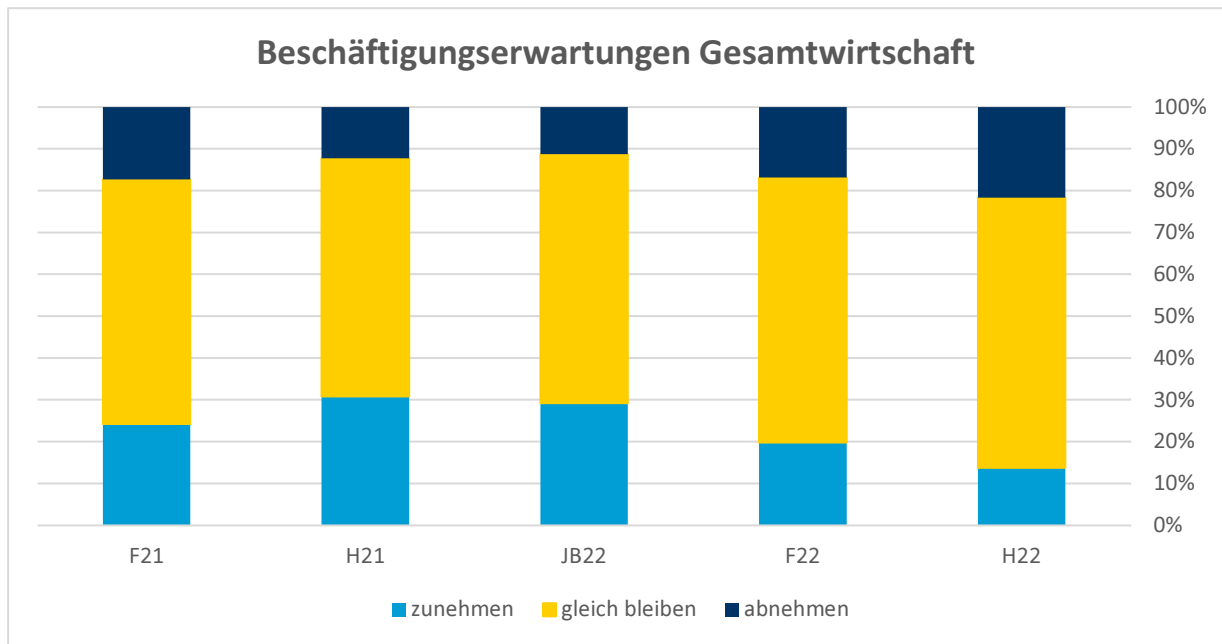
### Beschäftigung:

Mehr als die Hälfte der Unternehmen kann offene Stellen länger als zwei Monate nicht besetzen. Dieses Problem hat über die vergangenen Jahre zugenommen. Nur weniger als zehn Prozent der Unternehmen haben keine Probleme bei der Stellenbesetzung, der Rest hat derzeit keinen Bedarf. Gesucht werden Arbeits- und Fachkräfte aller Qualifikationsniveaus. In allen Branchen besteht ein Bedarf nach Personal mit einer dualen Berufsausbildung.



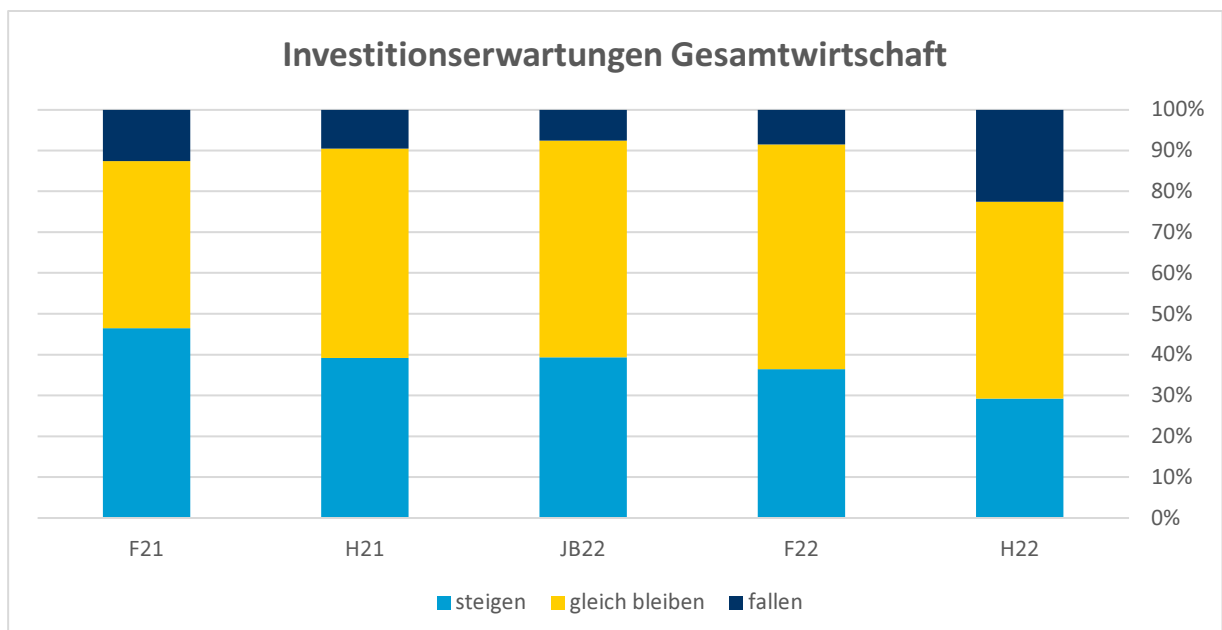
Trotz der Tatsache, dass viele Unternehmen offene Stellen nicht besetzen können, sind die Beschäftigungserwartungen verhalten. Eine Mehrheit rechnet mit einer gleichbleibenden Zahl an Beschäftigten. Das Saldo bei den Beschäftigungserwartungen ist mit -8,0 Punkten sogar knapp im negativen Bereich, da im Vergleich zum Frühjahr die Zahl der Unternehmen mit positiven Beschäftigungserwartungen gesunken und die Zahl der Unternehmen mit negativen Erwartungen gestiegen ist.





### Investitionen:

Die Investitionserwartungen haben sich im Vergleich zu den vorangegangenen Umfragen spürbar verändert. Der Anteil an Unternehmen, die von fallenden Investitionsausgaben ausgehen, ist auf über 20 Prozent angestiegen. Zudem rechnen nun weniger Unternehmen als zuvor mit steigenden Investitionsausgaben. Der Saldo liegt mit 6,6 Punkten nur noch knapp im positiven Bereich. Hauptmotiv für Investitionen sind weiterhin Ersatzbedarfe. Der Aspekt der Rationalisierung hat etwas an Bedeutung gewonnen. Investitionen in die Produktinnovation, die Kapazitätsausweitung sowie den Umweltschutz sind hingegen leicht rückläufig.

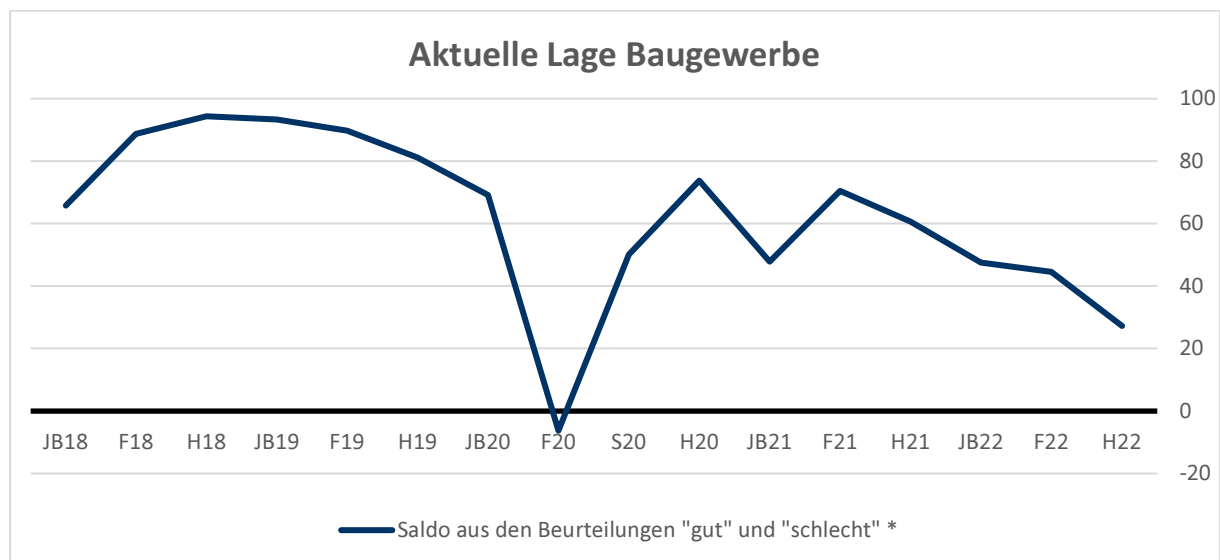


## Baugewerbe:

**Geschäftslage verschlechtert sich – Auftragslage noch passabel –  
Geschäftsaussichten nahe Tiefststand – Steigende Kosten und  
Planungsunsicherheit belasten – Leichte Tendenz zum Personalabbau**

### Aktuelle Lage:

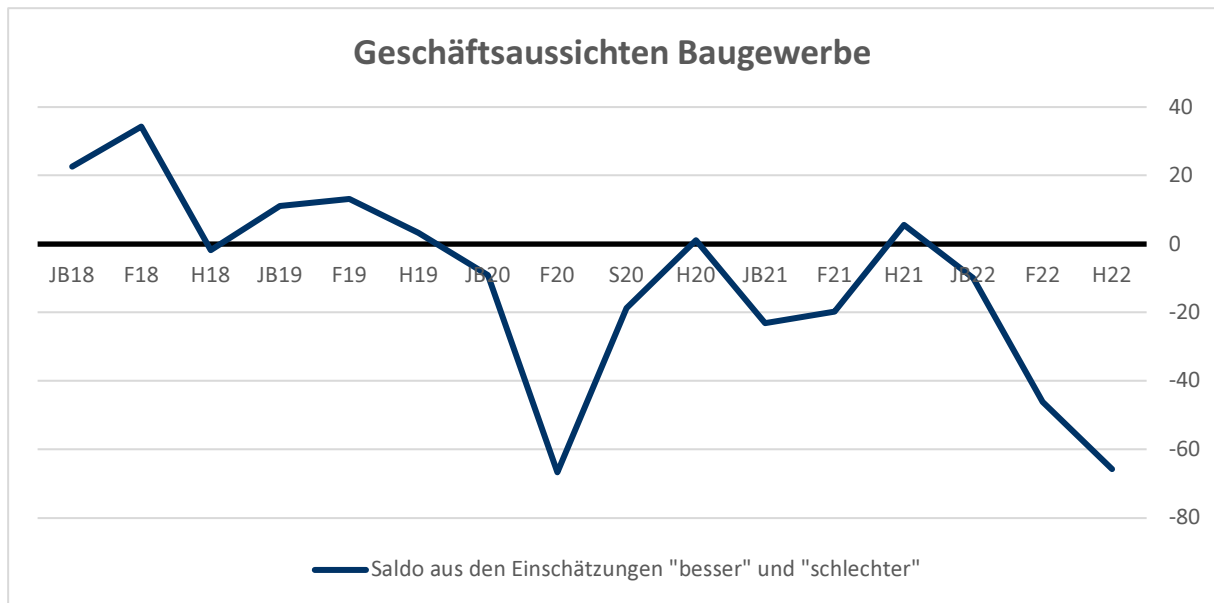
Im Baugewerbe hat sich die Geschäftslage im Vergleich zum Frühjahr um über 15 Punkte auf 27,2 Punkte verschlechtert, befindet sich allerdings im Vergleich zu den anderen Branchen weiterhin auf einem soliden Niveau. Hintergrund ist, dass viele Unternehmen weiterhin über Aufträge verfügen, die Tendenz ist hier jedoch klar rückläufig. Außerdem werden die steigenden Energie- und Materialpreise zunehmend zum Problem.



*\* Ein Saldo von 0 entspricht einer neutralen Lage, bei einem Saldo < 0 überwiegen die Beurteilungen schlecht, bei einem Saldo > 0 die Beurteilungen gut.*

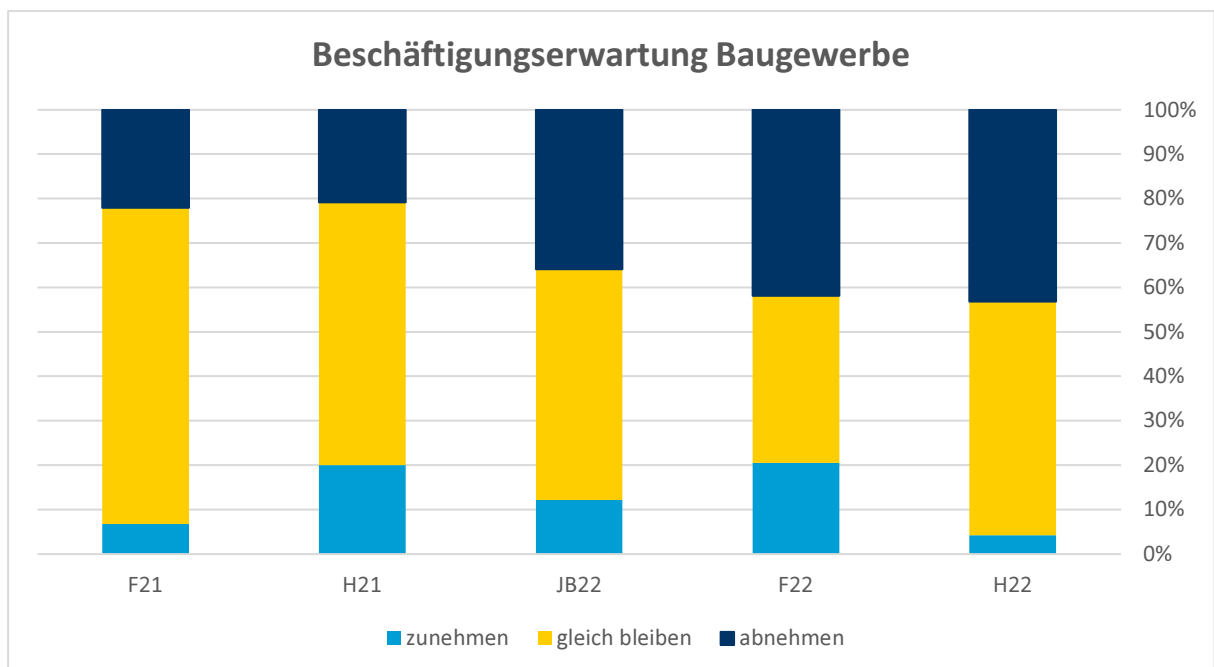
### Geschäftsaussichten:

Die Geschäftsaussichten im Baugewerbe werden weiterhin klar negativ eingeschätzt, das Saldo von -65,8 Punkten ist nahezu deckungsgleich mit dem Tiefstwert zu Beginn der Corona-Pandemie im Frühjahr 2020. Neben den steigenden Energie- und Rohstoffpreisen sind die Einschätzungen auch auf ausbleibende Auftragseingänge zurückzuführen. Zudem sind die Unternehmen wegen der steigenden Zinsen und aufgrund von Unsicherheiten bezüglich der Energieversorgung besorgt.



### Beschäftigung:

Die pessimistischen Erwartungen im Baugewerbe spiegeln sich auch in den Beschäftigungsplänen wider. Rund die Hälfte der Unternehmen rechnet mit einer gleichbleibenden Beschäftigtenzahl. Da zudem einige Unternehmen von einer abnehmenden Zahl an Arbeitnehmern ausgehen, ist der Saldo mit -38,9 Punkten klar negativ.

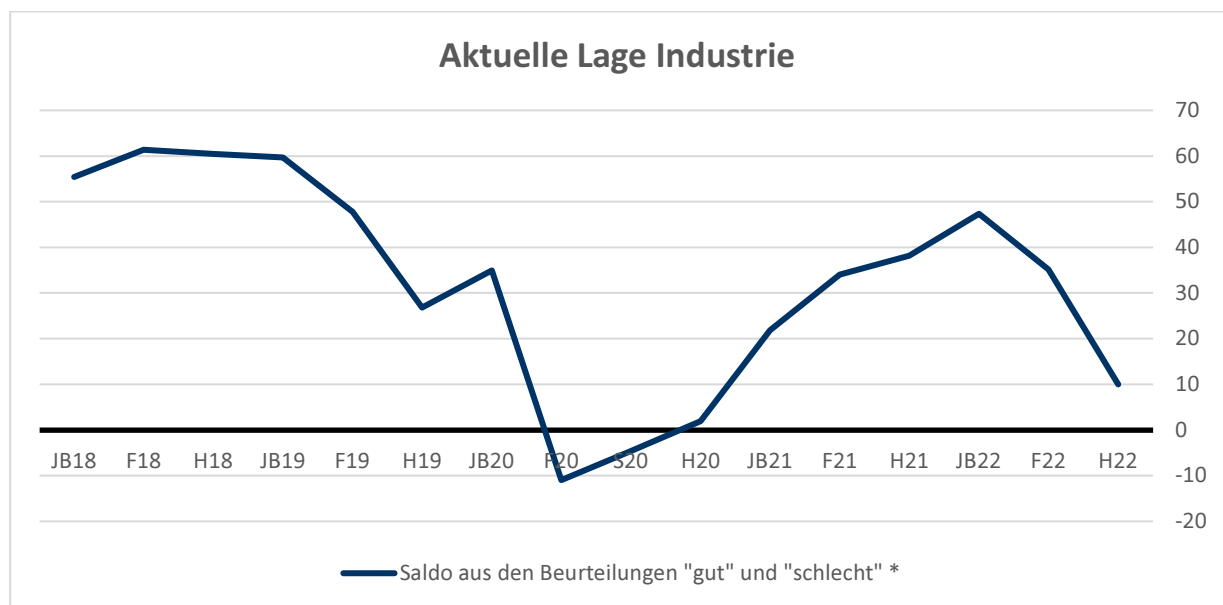


## Industrie:

**Aktuelle Lage deutlich verschlechtert – Auftragseingänge gehen zurück – Geschäftsaussichten von Pessimismus geprägt – Hohe Energiekosten und Nachfragerückgang beunruhigen – Keine Beschäftigungszunahme zu erwarten**

### Aktuelle Lage:

Die aktuelle Geschäftslage hat sich in der Industrie im Vergleich zum Frühjahr klar verschlechtert und liegt mit 9,9 Punkten nun nur noch knapp im positiven Bereich. Bei der vorherigen Umfrage lag dieser Wert noch bei 35,2 Punkten. Ein Hauptgrund für den Rückgang ist, dass die Auftrags-eingänge zurückgehen. Nichtsdestotrotz gibt es auch weiterhin Betriebe, die über einen passablen Auftragsbestand verfügen. Zunehmend zum Problem werden jedoch auch die steigenden Material- und Energiepreise.

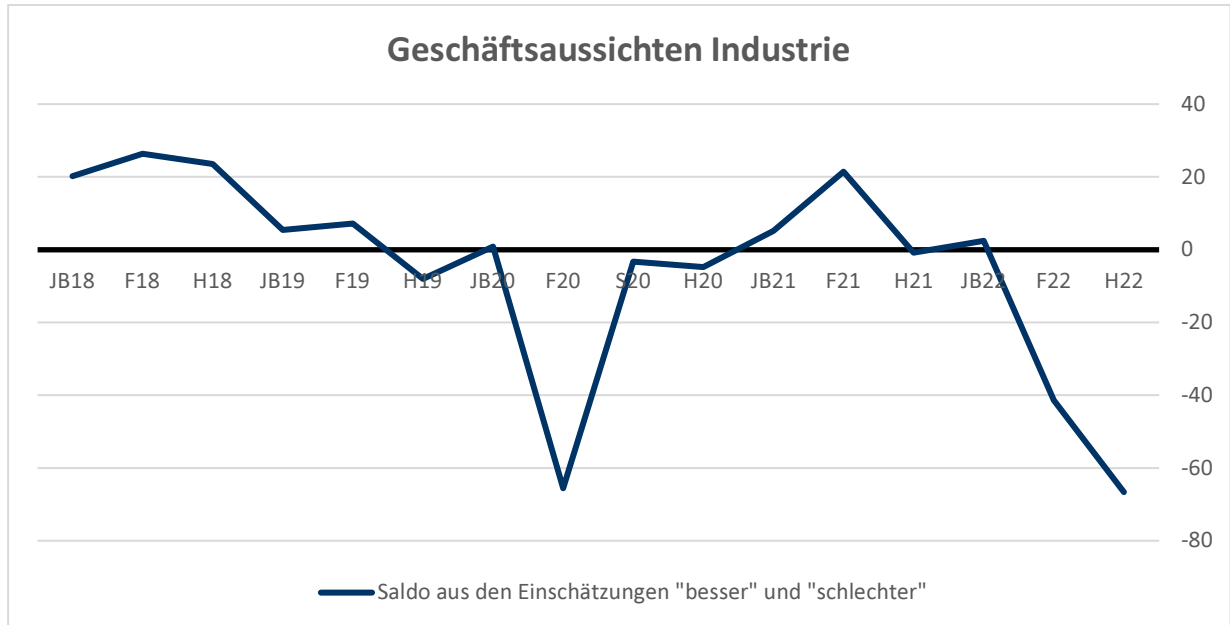


*\* Ein Saldo von 0 entspricht einer neutralen Lage, bei einem Saldo < 0 überwiegen die Beurteilungen schlecht, bei einem Saldo > 0 die Beurteilungen gut.*

### Geschäftsaussichten:

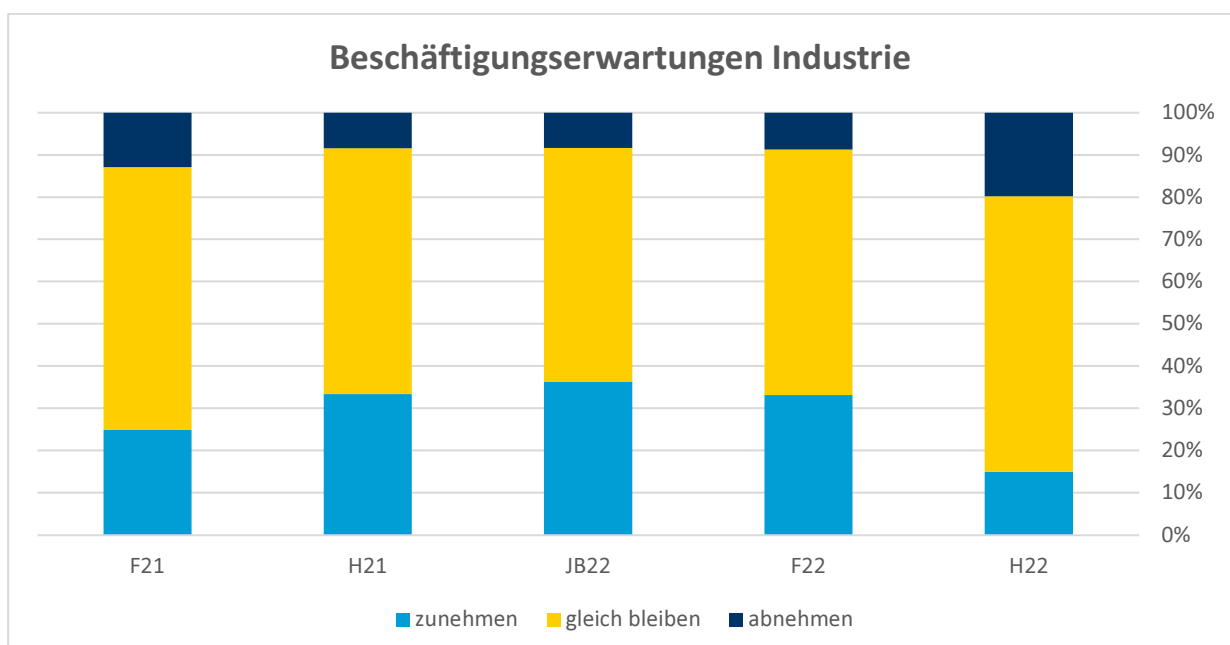
Die Geschäftsaussichten in der Industrie sind auf einen neuen Tiefstwert gefallen. Mit -66,6 Punkten liegt dieser rund 25 Punkte unterhalb des Wertes aus der vorangegangenen Frühjahrsumfrage und sogar knapp unterhalb des Wertes zu Beginn der Corona-Pandemie im Frühjahr 2020. Rund 70% der Industrieunternehmen rechnen derzeit mit einer Verschlechterung ihrer Geschäftslage. Begründet werden diese Einschätzungen mit den Preissteigerungen (insb. hohe Energiekosten)

und dem Nachfragerückgang. Hinzu kommt die Unsicherheit bezüglich wirtschaftlicher und politischer Rahmenbedingungen. Zudem besorgen die Unternehmen in der Industrie auch Liefer-schwierigkeiten und der Personalmangel.



### Beschäftigung:

Nachdem im Frühjahr rund ein Drittel der Unternehmen in der Industrie von einer Zunahme an Beschäftigten ausgegangen ist, sind es in der aktuellen Befragung nur noch rund 15 Prozent. Zwei von drei Unternehmen rechnen mit einer gleichbleibenden Zahl an Beschäftigten.

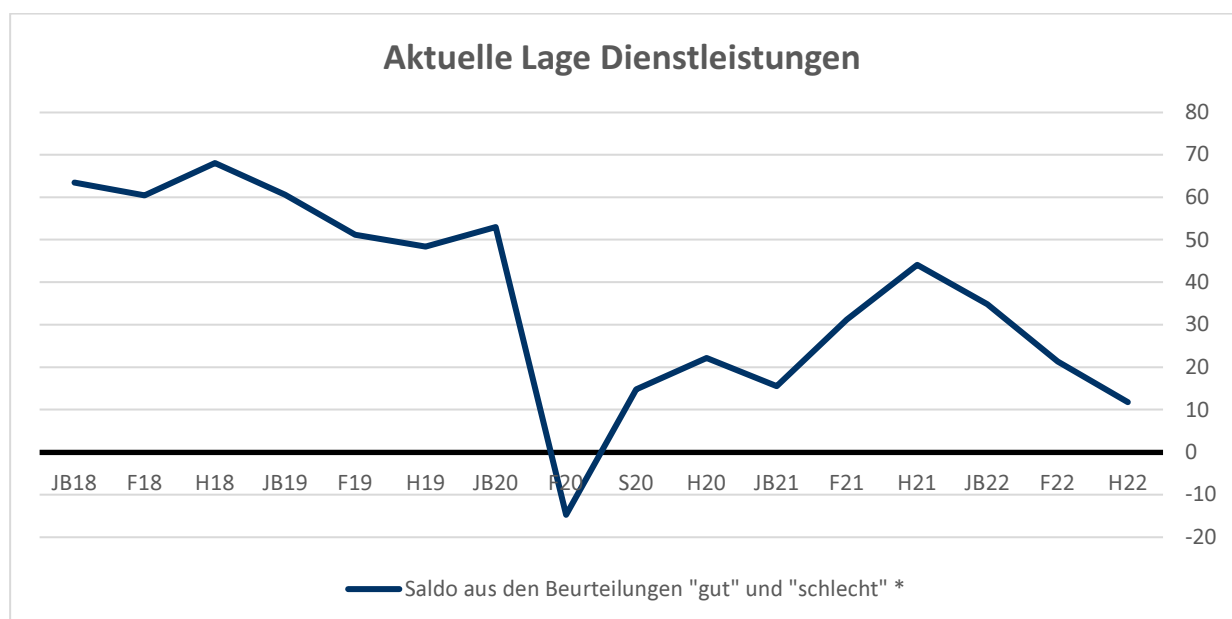


## Dienstleistungen:

Differenziertes Bild bei aktueller Lage – Betroffenheit durch Energiekrise schwankt stark – Geschäftsaussichten verschlechtern sich erneut – Kostenanstiege und Planungsunsicherheiten belasten – Beschäftigungserwartungen bleiben konstant

### Aktuelle Lage:

Bei den Dienstleistungsunternehmen hat sich die aktuelle Geschäftslage seit dem Frühjahr um rund 10 Punkte auf nun 11,8 Punkte verschlechtert. Einige Unternehmen sind bereits stark durch die aktuellen Kostensteigerungen beeinträchtigt und ein Rückgang der Kaufkraft der Kunden macht sich bemerkbar. Andere Unternehmen verfügen hingegen über einen guten Bestand an Aufträgen. In der Dienstleistungsbranche wird zudem über fehlendes Personal berichtet. Zudem sind einige Unternehmen weiterhin von Lieferschwierigkeiten betroffen.

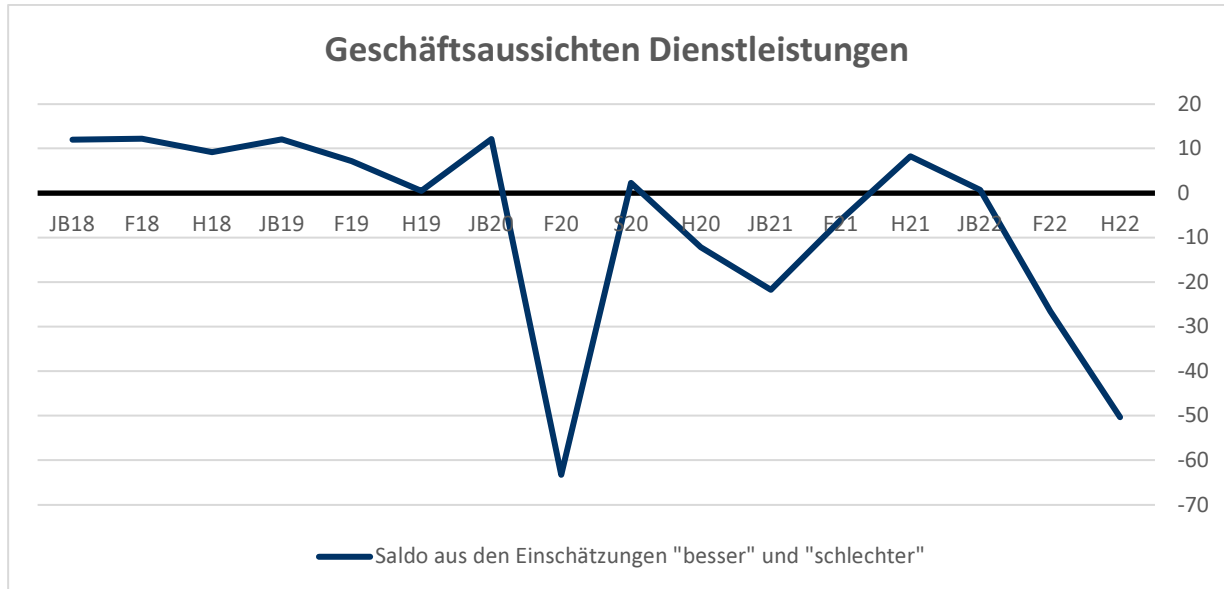


\* Ein Saldo von 0 entspricht einer neutralen Lage, bei einem Saldo < 0 überwiegen die Beurteilungen schlecht, bei einem Saldo > 0 die Beurteilungen gut.

### Geschäftsaussichten:

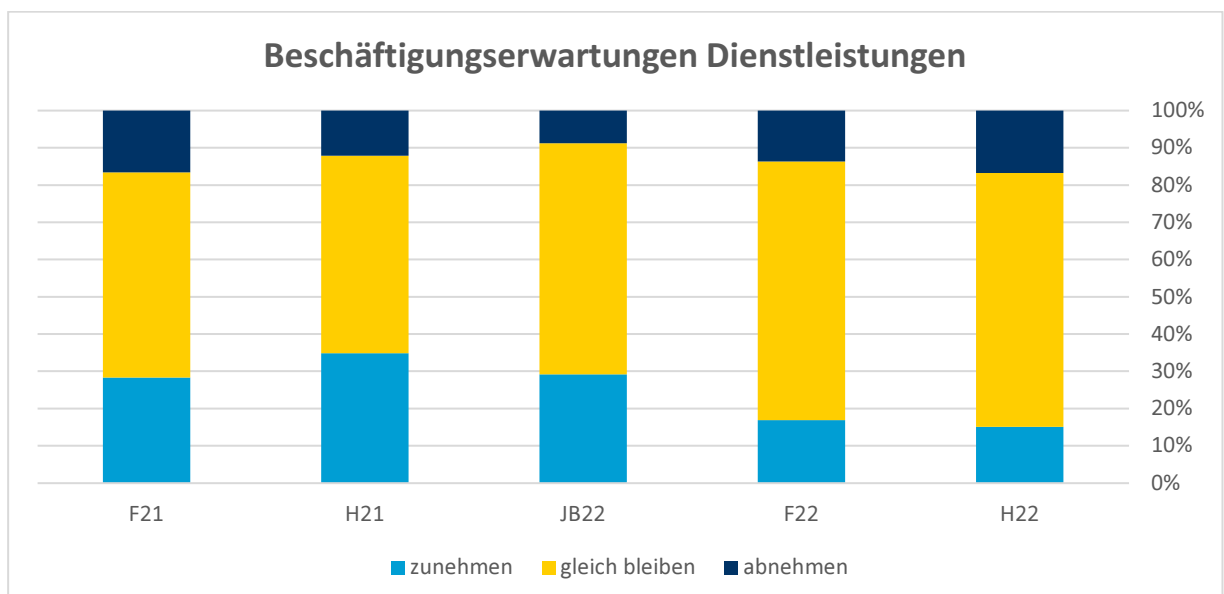
Bei den Geschäftsaussichten in der Dienstleistungsbranche setzt sich der Abwärtstrend aus dem Frühjahr fort. Rund 60 Prozent der Unternehmen gehen von einer Verschlechterung der Geschäftslage aus, der Saldo liegt mit -50,3 Punkten rund 25 Punkte unterhalb des Werts aus dem Frühjahr. Neben den steigenden Energiekosten werden die pessimistischen Einschätzungen auch durch wei-

tere Kostenanstiege begründet (Arbeitskosten, Einkaufskosten). Hinzu kommt der Konsumrückgang, die Sorge vor Forderungsausfällen und der Zinsanstieg. Auch Planungsunsicherheiten und der Fachkräftemangel machen den Unternehmen zu schaffen.



### Beschäftigung:

Trotz der verschlechterten aktuellen Lage und den zunehmend pessimistischen Aussichten bleiben die Beschäftigungserwartungen im Vergleich zur Frühjahrsbefragung recht konstant. Eine klare Mehrheit rechnet mit einer gleichbleibenden Zahl an Beschäftigten. Zu- und abnehmende Beschäftigungserwartungen gleichen sich in etwa aus, sodass sich das Saldo mit -1,7 Punkten im neutralen Bereich befindet.

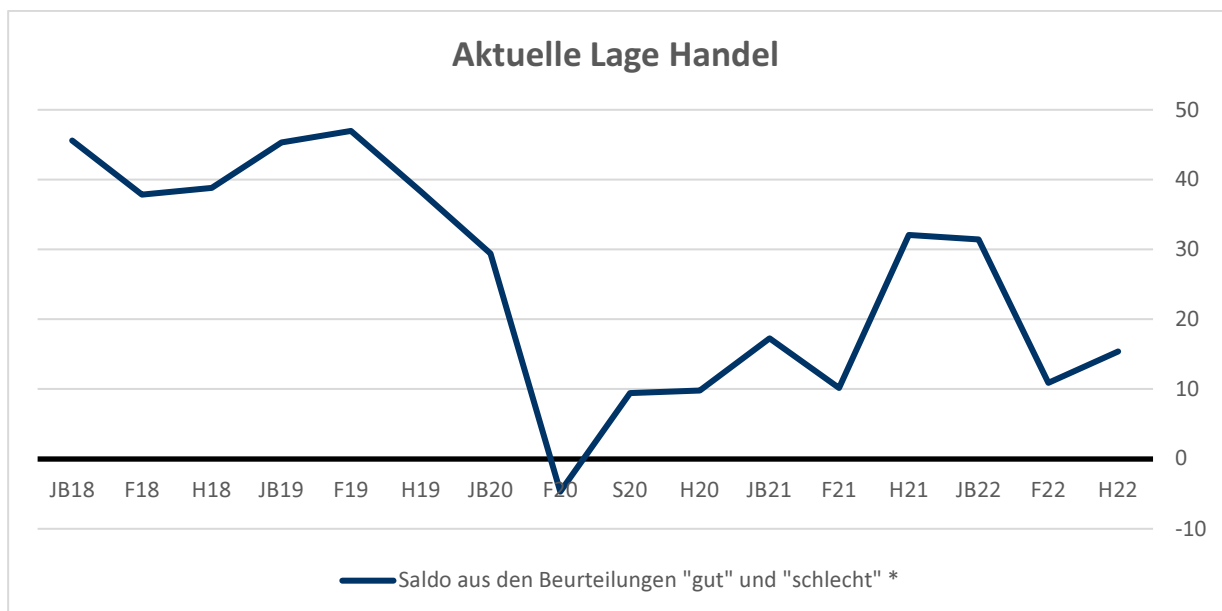


## Handel:

**Aktuelle Lagebeurteilung geteilt – Konsumnachfrage geht zurück –  
Geschäftsaussichten auf Allzeit-Tief – Hohe Kosten bereiten Sorgen –  
Beschäftigungsrückgang zu erwarten**

### Aktuelle Lage:

Im Handel wird die aktuelle Geschäftslage in etwa so bewertet wie im Frühjahr, der Saldo liegt nun bei 15,4 Punkten. Schlechte Beurteilungen werden oftmals mit einem Rückgang der Produktnachfrage durch die Konsumenten und hohen Energiepreisen begründet, auch von Personalengpässen wird berichtet. Es gibt jedoch auch Unternehmen, bei denen die Nachfrage stabil ist und die aufgrund langfristiger Verträge nur in geringerem Maße von Kostenerhöhungen betroffen sind.

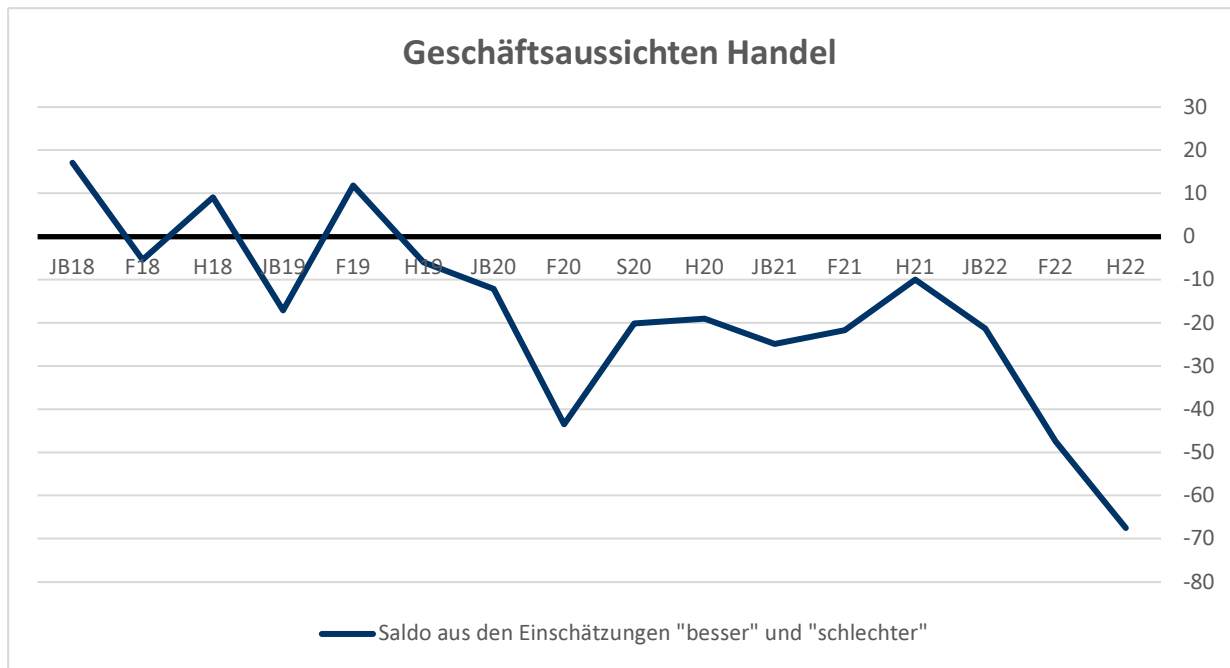


*\* Ein Saldo von 0 entspricht einer neutralen Lage, bei einem Saldo < 0 überwiegen die Beurteilungen schlecht, bei einem Saldo > 0 die Beurteilungen gut.*

### Geschäftsaussichten:

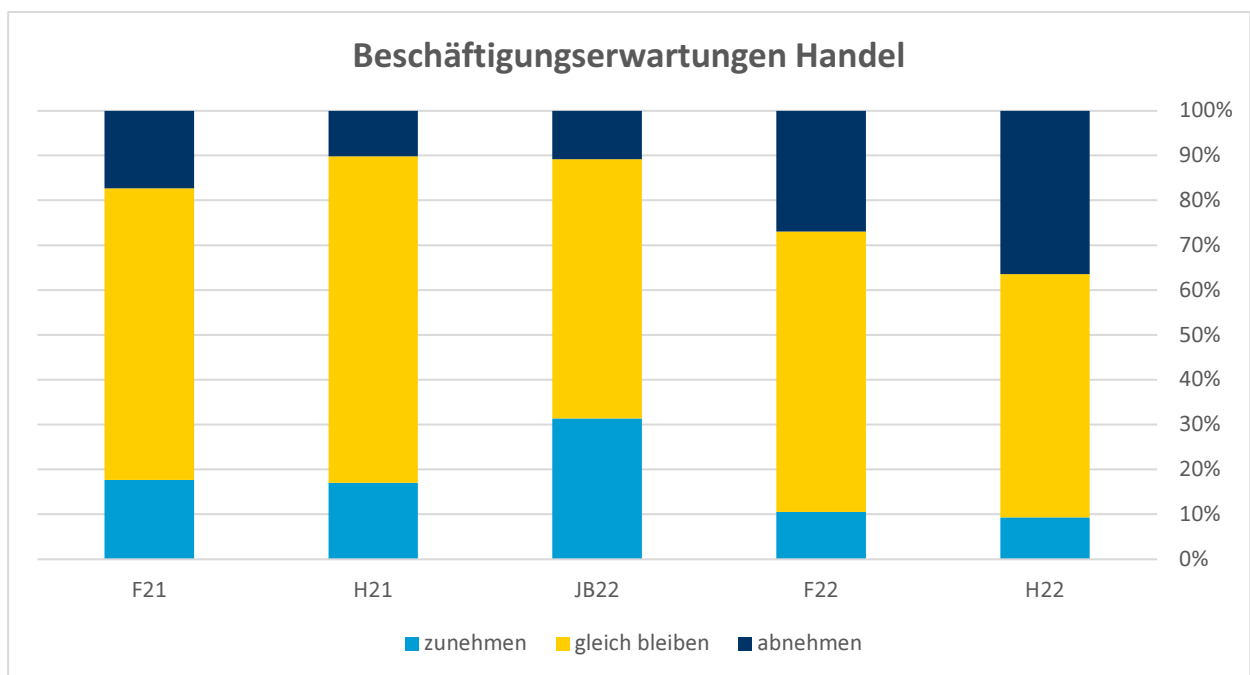
Nachdem bereits im Frühjahr mit -47,5 Punkten ein Allzeit-Tiefstwert bei den Geschäftsaussichten erreicht wurde, ist dieser mit - 67,5 Punkten nun erneut deutlich unterboten worden. Über 70 Prozent der Unternehmen rechnen mit einer Verschlechterung der Geschäftslage. Neben steigenden Energiekosten werden auch steigende Einkaufs- und Lohnkosten befürchtet. Dazu besteht die Sorge, dass sich das Konsumklima in den kommenden Monaten weiter verschlechtern wird. Nur vereinzelt, wie beispielsweise im Luxus-Segment, wird dies nicht als Problem gesehen.





#### Beschäftigung:

Der Trend zur Tendenz der Beschäftigungsabnahme im Handel setzt sich weiter fort. Der Anteil an Unternehmen, welche mit einer abnehmenden Zahl an Beschäftigten rechnen, ist auf über 30 Prozent gewachsen. Von einer Zunahme geht nur noch ein kleiner Teil von circa 10 Prozent aus, eine weiterhin überwiegende Mehrheit plant mit einer gleichbleibenden Anzahl an Arbeitnehmern.

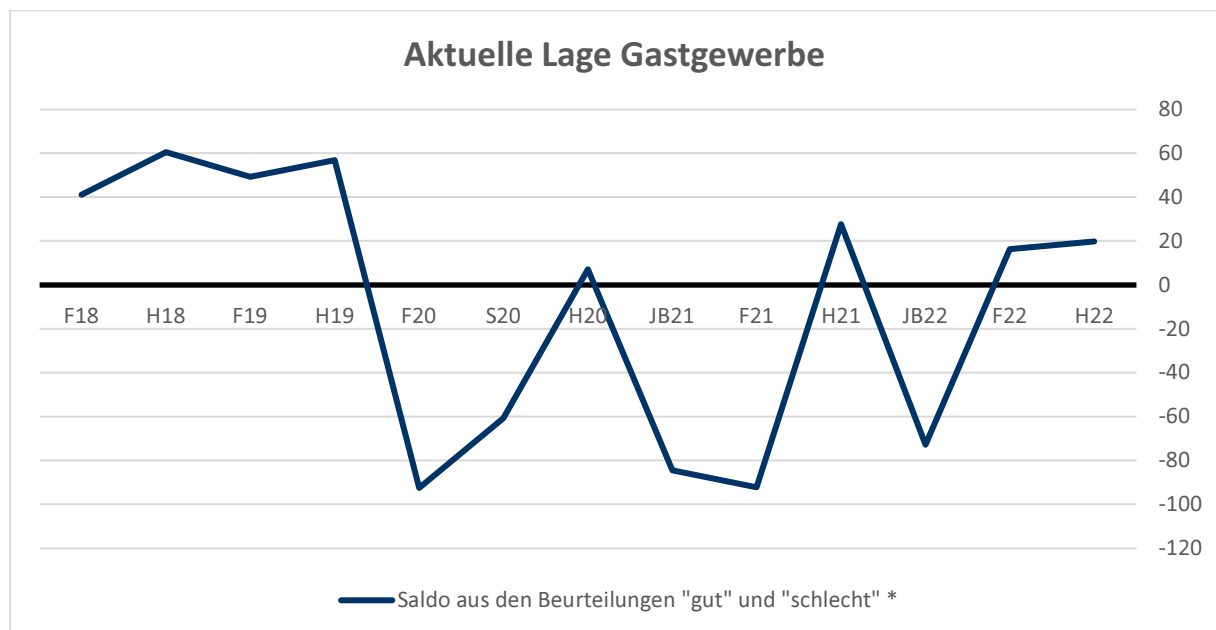


## Gastgewerbe:

**Aktuelle Lage unverändert – Stabile Nachfrage in der Beherbergungsbranche – Geschäftserwartungen brechen ein – Kostensteigerungen und Konsumzurückhaltung bereiten Sorgen – Gleichbleibende Beschäftigungserwartungen überwiegen**

### Aktuelle Lage:

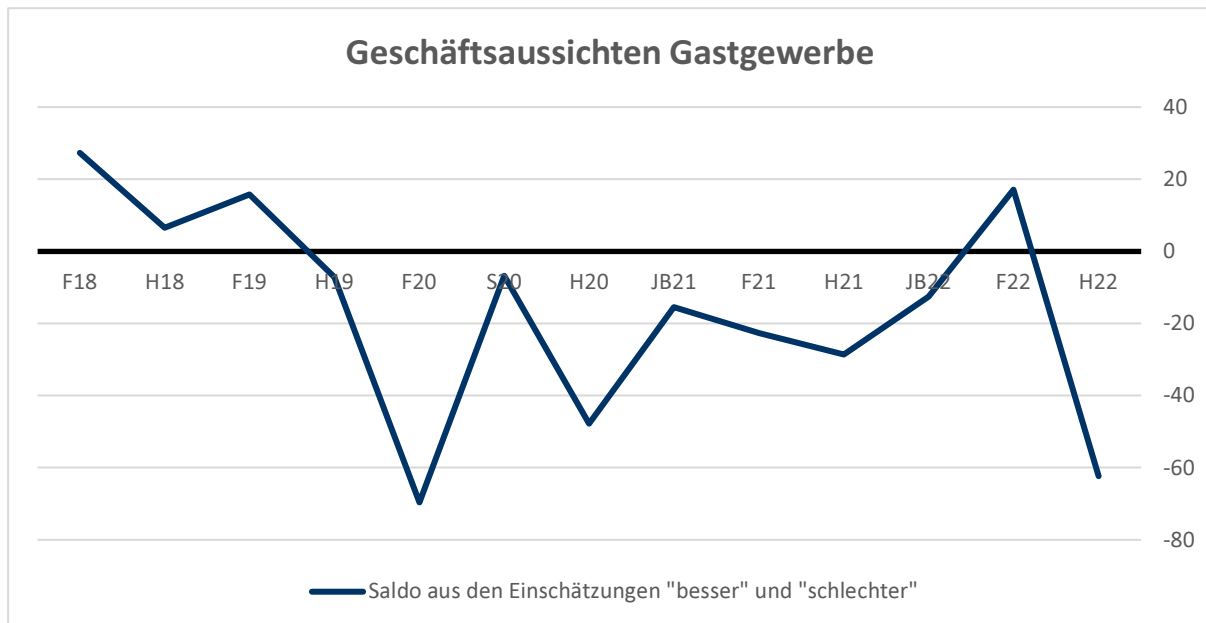
Im Gastgewerbe ist die aktuelle Geschäftslage mit 19,7 Punkten auf einem ähnlichen Niveau wie im Frühjahr. Es zeigen sich jedoch erhebliche Unterschiede zwischen den Unterbranchen Beherbergung (57,8 Punkte) und Gastronomie (10,8 Punkte). Die positiven Einschätzungen sind auf eine stabile Nachfrage aktuell sowie in den vergangenen Monaten zurückzuführen. Einige Unternehmen berichten jedoch von ausbleibender Kundschaft und Beeinträchtigungen durch die steigenden Preise.



*\* Ein Saldo von 0 entspricht einer neutralen Lage, bei einem Saldo < 0 überwiegen die Beurteilungen schlecht, bei einem Saldo > 0 die Beurteilungen gut.*

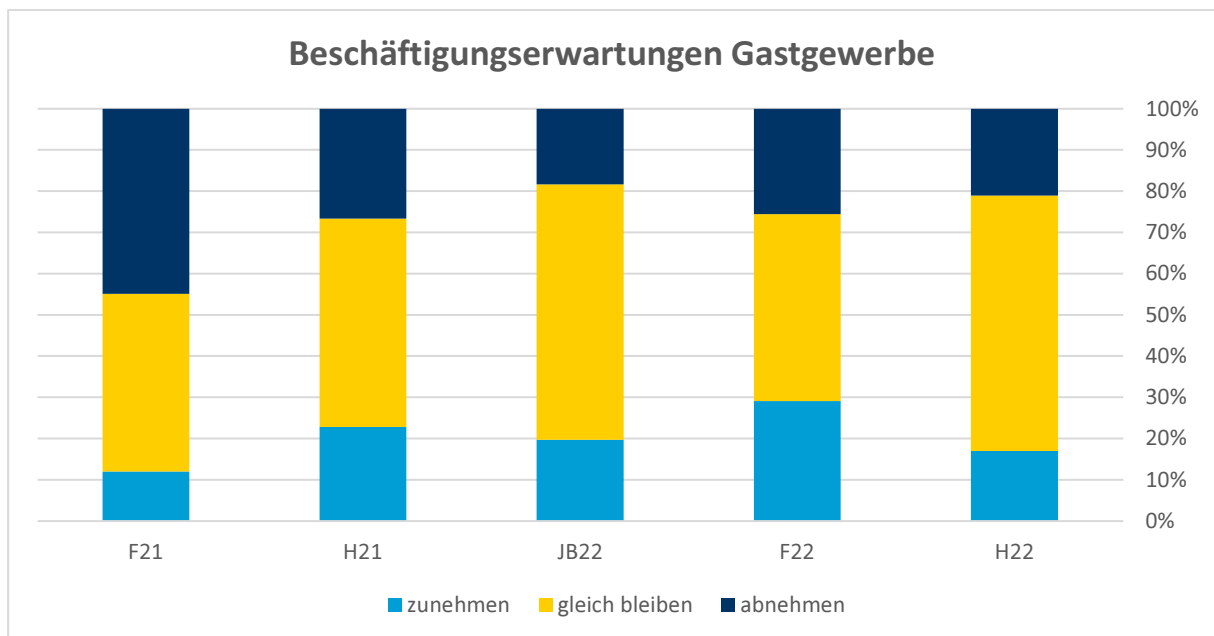
### Geschäftsaussichten:

Nach vorsichtig optimistischen Geschäftserwartungen im Frühjahr sind diese nun eindeutig pessimistischen Einschätzungen gewichen. Mit -62,3 Punkten sind werden die Aussichten fast so schlecht eingeschätzt wie zu Beginn der Corona-Pandemie im Frühjahr 2020. Hintergrund sind die Kostensteigerungen (Energie, Produktbeschaffung, Löhne), Ängste und Verunsicherung bei der Kundschaft (Konsumzurückhaltung) und der Personalmangel.



#### Beschäftigung:

Nachdem im Frühjahr noch mit einer geringen Zunahme an Beschäftigten im Gastgewerbe gerechnet wurde, ist das Saldo mit -4,0 Punkten nun knapp im negativen Bereich. Die klare Mehrheit der Unternehmen rechnet mit einer gleichbleibenden Zahl an Beschäftigten.



*Hinweis: Im Laufe des Novembers werden die IHKs in Brandenburg eine gesonderte Auswertung zur Tourismuskonjunktur veröffentlichen.*



# Informationen zur Haushaltssatzung und zum Haushaltsplan 2023

AFR 08.12.2022

# Änderungsantrag der Verwaltung zur HH-Satzung

## **Erhöhung Personalkosten 2023**

### **+ 720 TEUR (Planansatz bisher 20.927.400 EUR)**

- Planungsgrundlage waren Tarifsteigerung von 3,5 % für 2023 und 2024, dann 2,5 % für Folgejahre, Tarifvertrag für ÖD wird ab 01.01.2023 neu verhandelt. Abschlüsse IG Metall und Elektro 8,5 % + 3.000 EUR steuerfrei, IG BCE 6,5 % 3.000 EUR mit Laufzeit 2 Jahre. Zur Verminderung des Risikos werden hier vorsorglich die Aufwendungen um weitere 500 TEUR erhöht.
- Sozialversicherungsbeiträge Betriebshof (Planungskorrektur +220 TEUR)

## **Erhöhung Unterhaltung Straßen**

### **+ 76 TEUR**

Ab 01.01.2023 soll der Abwasserzweckverband die Sinkkästenreinigung als Aufgabe der Abwasserbeseitigung. Verbandssitzung WAV 13.12.2022 übernehmen.

## **Erhöhung Umlage Wasser- und Bodenverband**

### **+ 61 TEUR ( Planansatz bisher 150 TEUR)**

Gebührenerhöhung ab 01.01.2023 angekündigt, Beschlussfassung in Verbandsversammlung 7.12 im WBV

## **Verringerung Zuschuss Kulturzentrum GmbH**

### **- 25 TEUR (Planansatz bisher 635 TEUR)**

- Wirtschaftsplan bestätigt am 29.11.22, Austeilung zur SVV

## **Erhöhung Zuschuss Frauenhaus**

### **+ 2 TEUR (Planansatz bisher 10.000 EUR)**

- Antrag des Frauenhauses liegt vor, ABS-Ausschuss am 28.10.22 Aufnahme in HH-Satzung beschlossen



**Mehraufwendungen von 834 TEUR**

## Ergebnisentwicklung 2023 bis 2026 in €

	2023	2024	2025	2026
Erträge aus lfd. Verwaltungstätigkeit	57.792.700	58.908.100	58.194.200	59.072.200
Aufwendungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	63.985.400	63.536.100	63.815.600	64.344.600
Ergebnis der lfd. Verwaltungstätigkeit	-6.192.700	-4.628.000	-5.621.400	-5.272.400
Finanzergebnis	521.400	514.400	538.200	551.000
ordentliches Jahresergebnis	-5.671.300	-4.113.600	-5.083.200	-4.721.400
außerordentliches Jahresergebnis	118.200	-25.000	-25.000	-25.000
Gesamtüberschuss/ Gesamtfehlbetrag	-5.553.100	-4.138.600	-5.108.200	-4.746.400

**zzgl. Mehrausgaben aus Änderungsantrag zur HH-Satzung 2023: 834 TEUR  
Verlust 2023 damit: 6.387.100 EUR !**

# Entwicklung Finanzhaushalt 2023 bis 2026

	2023	2024	2025	2026
Saldo aus lfd. Verwaltungstätigkeit	-3.726.200	-2.047.800	-3.145.400	-2.815.600
Saldo aus Investitionstätigkeit	-1.808.300	-1.362.400	1.301.300	1.326.300
Finanzmittelfehlbetrag	-5.534.500	-3.410.200	-1.844.100	-1.489.300
Saldo aus Finanzierungstätigkeit	-1.540.100	-1.492.100	-1.385.600	-1.379.000
Saldo aus Inanspruchn. v. Liquiditätsreserven	0,00	0,00	0,00	0,00
Veränderung des Bestandes an Zahlungsmitteln	-7.074.600	-4.902.300	-3.229.700	-2.868.300

**zzgl. Mehrauszahlungen aus Änderungsantrag zur HH-Satzung 2023: 834 TEUR**  
**Veränderung Zahlungsmittelbestand 2023: -7.908.600 EUR**



Übersicht über die Ergebnisentwicklung  
Haushaltsjahr 2023  
-in EUR-

	Ergebnis 2021	Ansatz 2022	Ansatz 2023	Planung 2024	Planung 2025	Planung 2026
	1	2	3	4	5	6
<b>ordentliches Ergebnis gemäß Ergebnishaushalt/-rechnung</b>	515.407,99	-3.171.200,00	-5.671.300,00	-4.113.600,00	-5.083.200,00	-4.721.400,00
+ Fehlbeträge aus Vorjahren	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
<b>= ordentliches Ergebnis unter Berücksichtigung von Fehlbeträgen aus Vorjahren</b>	515.407,99	-3.171.200,00	-5.671.300,00	-4.113.600,00	-5.083.200,00	-4.721.400,00
<b>Stand der Rücklage aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses</b>	15.841.041,37	12.669.841,37	6.998.541,37	2.884.941,37	0	0
<b>Stand der Rücklage aus Überschüssen des außerordentlichen Ergebnisses</b>	2.940.637,02	3.237.237,02	3.355.437,02	3.330.437,02	1.107.178,39	0





# Verpflichtungsermächtigungen und Kreditaufnahmen

	2024	2025	2026
<b><u>Verpflichtungsermächtigungen</u></b>	320.700	0	0

Die Haushaltssatzung 2023 enthält keine neuen Verpflichtungsermächtigungen. Aus der Haushaltssatzung 2022 sind Verpflichtungsermächtigungen für das Jahr 2024 über 320.700 € für die Geländegestaltung des Schulcampus Jahn Schule enthalten.

	2021	2022	2023
<b><u>Kreditermächtigungen</u></b>	2.046.400	2.570.000	0

Kredite zur Finanzierung von Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen werden für 2023 nicht festgesetzt.

# Verpflichtungsermächtigungen und Kreditaufnahmen

Stand der Verschuldung zum Ende des Haushaltsjahres:

Haushaltsjahr	IST-Zahlen				PLAN-Zahlen				
	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024	2025	2026
Verschuldung am Ende des Haushaltsjahres in T€	22.184	20.428	19.028	18.922	21.951	20.411	18.919	17.533	16.154

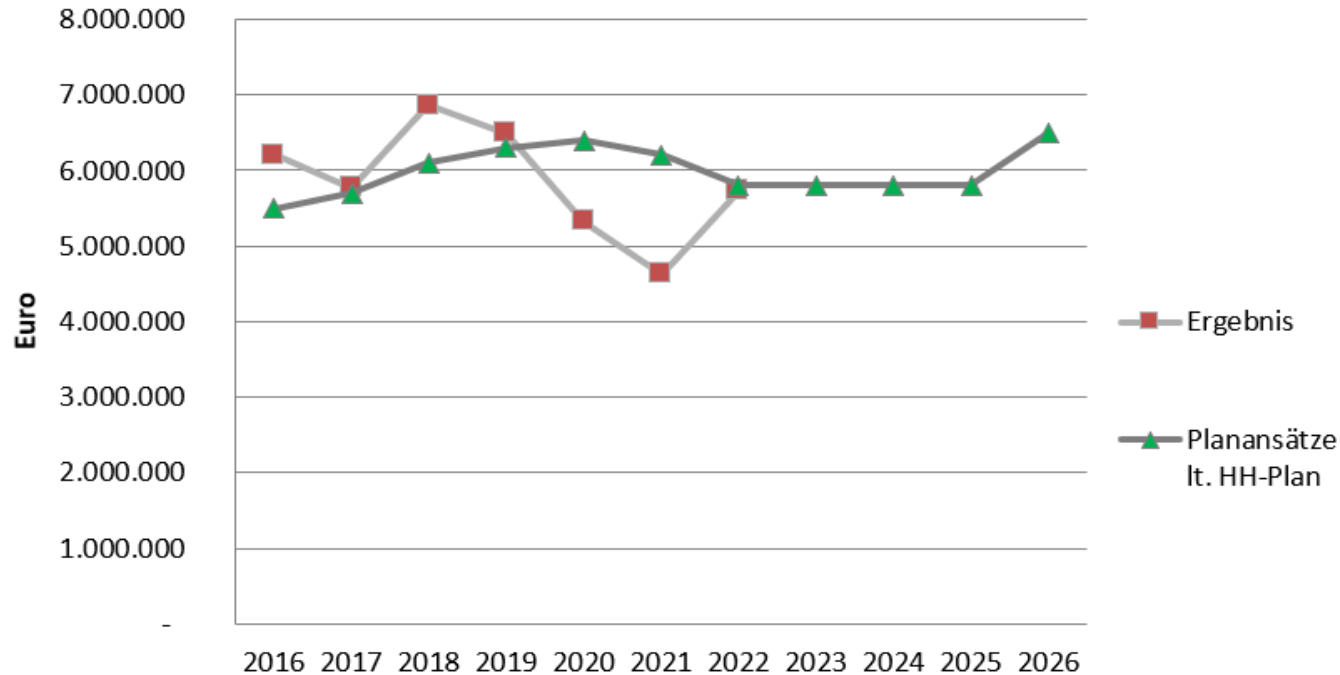
Die Schuldenstandentwicklung beinhaltet keine Neukreditaufnahmen im mittelfristigen Planungszeitraum.

# Erträge: Steuern und ähnliche Abgaben

Steuerart	RE 2021 in €	Ansatz 2022 in €	Ansatz 2023 in €
<b>Realsteuern</b>			
Grundsteuer A	42.029,19	45.000	45.000
Grundsteuer B	2.634.545,65	2.600.000	2.600.000
Gewerbesteuer	4.628.262,60	5.800.000	5.800.000
<b>Gemeindeanteile an</b>			
der Einkommensteuer	6.923.837,00	6.920.200	7.771.300
der Umsatzsteuer	1.613.424,00	1.377.900	1.486.000
<b>andere Steuern</b>			
Vergnügungssteuer	66.424,40	130.000	130.000
Hundesteuer	105.456,20	105.000	105.000
<b>steuerähnliche Einnahmen</b>			
Familienleistungsausgleich	794.873,00	747.700	950.500
<b>Gesamt</b>	<b>16.808.852,04</b>	<b>17.725.800</b>	<b>18.887.800</b>

# Erträge: Steuern und ähnliche Abgaben

## Entwicklung Gewerbesteueraufkommen



Rettungsschirm GewSt 2020: IST 1,635 Mio. EUR

Rettungsschirm GewSt 2021: IST 1,95 Mio. EUR

Rettungsschirm GewSt 2022: 0,00 EUR



## Erträge: Zuwendungen und allgemeine Umlagen

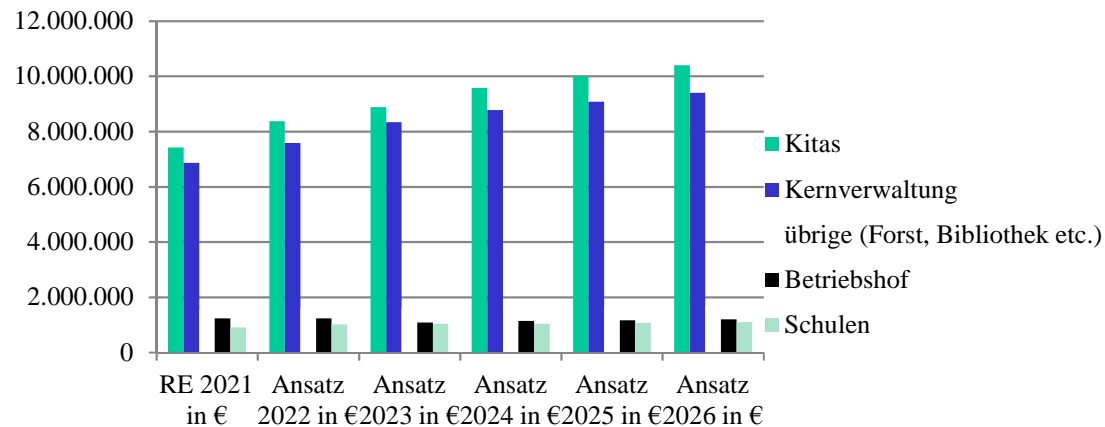
Allgemeine Zuweisungen	RE 2021 in €	Ansatz 2022 in €	Ansatz 2023 in €
Allgemeine Schlüsselzuweisungen	16.077.907,00	15.467.800	18.282.800
Schullastenausgleich	896.904,00	890.000	890.000
Zuweisungen für übertragene Aufgaben	506.155,00	500.000	500.000
<b>gesamt</b>	<b>17.480.966,00</b>	<b>16.857.800</b>	<b>19.672.800</b>

## Erträge: Zuwendungen und allgemeine Umlagen

<b>Zuweisungen für laufende Zwecke</b>	<b>RE 2021 in €</b>	<b>Ansatz 2022 in €</b>	<b>Ansatz 2023 in €</b>
Zuweisungen vom Bund	264.314,18	774.300	767.300
Zuweisungen vom Land	679.223,12	610.900	673.000
Zuweisungen von Gemeinden	8.313.493,20	8.521.500	9.696.900
übrige Zuweisungen für lfd. Zwecke	710,00	3.000	0
<b>Gesamt</b>	<b>9.257.740,50</b>	<b>9.909.700</b>	<b>11.137.200</b>

# Aufwendungen: Personalaufwendungen

Bereiche	RE 2021 in €	Ansatz 2022 in €	Ansatz 2023 in €	Ansatz 2024 in €	Ansatz 2025 in €	Ansatz 2026 in €
Kitas	7.421.214	8.370.200	8.878.200	9.579.900	10.011.000	10.396.100
Kernverwaltung	6.867.801	7.584.800	8.341.100	8.774.700	9.077.100	9.402.200
übrige (Forst, Bibliothek etc.)	1.536.764	1.602.000	1.592.600	1.663.800	1.645.200	1.694.400
Betriebshof	1.233.292	1.237.600	1.083.100	1.134.000	1.166.500	1.200.500
Schulen	911.478	1.008.200	1.032.400	1.036.900	1.069.000	1.098.800
<b>insgesamt</b>	<b>17.970.548,59</b>	<b>19.802.800</b>	<b>20.927.400</b>	<b>22.189.300</b>	<b>22.968.800</b>	<b>23.792.000</b>



# Zuweisung vom Kreis lt. §16 Abs.2 S.1 Kita-Gesetz für das notwendige pädagogischen Personal der Stadtkitas

Bereich Kita	IST 2020	IST 2021	Ansatz 2022	Ansatz 2023	Ansatz 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026
<b>Gesamte Zuweisung</b>	<b>4.624.435 €</b>	<b>4.839.097 €</b>	<b>4.929.300 €</b>	<b>5.127.700 €</b>	<b>5.331.500 €</b>	<b>5.544.800 €</b>	<b>5.767.200 €</b>
Steigerung zum Vorjahr		4,64%	1,86%	4,02%	3,97%	4,00%	4,01%
<b>Personalaufwendungen (inkl. techn. Personal)</b>	<b>7.083.884 €</b>	<b>7.421.214 €</b>	<b>8.370.200 €</b>	<b>8.878.200 €</b>	<b>9.579.900 €</b>	<b>10.011.000 €</b>	<b>10.396.100 €</b>
Steigerung zum Vorjahr		4,76%	12,79%	6,07%	7,90%	4,50%	3,85%
<b>Differenz</b>	<b>2.459.449 €</b>	<b>2.582.117 €</b>	<b>3.440.900 €</b>	<b>3.750.500 €</b>	<b>4.248.400 €</b>	<b>4.466.200 €</b>	<b>4.628.900 €</b>





# Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen

	<b>RE 2021 in €</b>	<b>Ansatz 2022 in €</b>	<b>Ansatz 2023 in €</b>
Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	7.792.538,37	9.973.200	11.402.400

# Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen

Die wesentlichsten Positionen haben sich dabei wie folgt entwickelt:

	RE 2021 in €	Ansatz 2022 in €	Ansatz 2023 in €
Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	1.296.512,39	2.491.500	1.916.900
Unterhaltung des sonst. unbewegl. Vermögens, z.B. Straßen, Wege, Brücken	1.376.706,23	2.013.100	2.431.800
Unterhaltung von Geräten und Ausrüstungen	239.015,51	292.400	328.600
Mieten und Pachten, Leasing	381.294,29	471.400	488.200
Bewirtschaftung der Grundstücke und baulichen Anlagen	2.663.414,59	2.865.600	3.875.500
Haltung von Fahrzeugen	299.539,63	249.700	311.700
besondere Aufwendungen für Bedienstete	425.205,80	295.300	289.500
besondere Verwaltungs- und Betriebsausgaben	981.126,65	1.179.800	1.584.700
Aufwendungen für sonstige Dienstleistungen	129.723,28	114.400	175.500



# Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen

Bei der **Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen** sinkt der Ansatz gegenüber 2022 um 574.600 €.

Wesentlichen Positionen bei der Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen sind:

Unterhaltung Rathaus	53.000 €
Unterhaltung Feuerwehr	83.000 €
Unterhaltung Grundschulen	161.000 €
Unterhaltung Oberschule	24.000 €
Unterhaltung Gymnasium	238.000 €
Unterhaltung Gesamtschule	673.000 €
Unterhaltung Kitas	421.800 €
Unterhaltung Friedhöfe	143.000 €

# Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen

Im Jahr 2023 sind bei der **Unterhaltung des sonstigen unbeweglichen Vermögens** 418.700 € Mehrausgaben als im Vorjahr geplant.

Wesentlichen Positionen bei der Unterhaltung des sonstigen unbeweglichen Vermögens sind:

Unterhaltung Sportstätten	54.800 €
Unterhaltung von Straßen	700.000 €
Unterhaltung Buswartehallen	42.000 €
Unterhaltung von Verkehrssicherungsanlagen	40.000 €
Unterhaltung und Umrüstung von Straßenbeleuchtung	230.000 €
Unterhaltung Tunnel, Brücken und Steganlagen	447.100 €
Unterhaltung Rohrdurchlässe	215.200 €
Baumpflege und -pflanzung	150.000 €
Pflege und Unterhaltung von Spielplätzen, Grünanlagen und Friedhöfen	397.000 €
Unterhaltung der Beregnungsanlage	10.000 €
Winterdienst – Schneeräumung	30.000 €
Unterhaltung Stammholz	23.000 €

# Aufwendungen Bürgerbudget

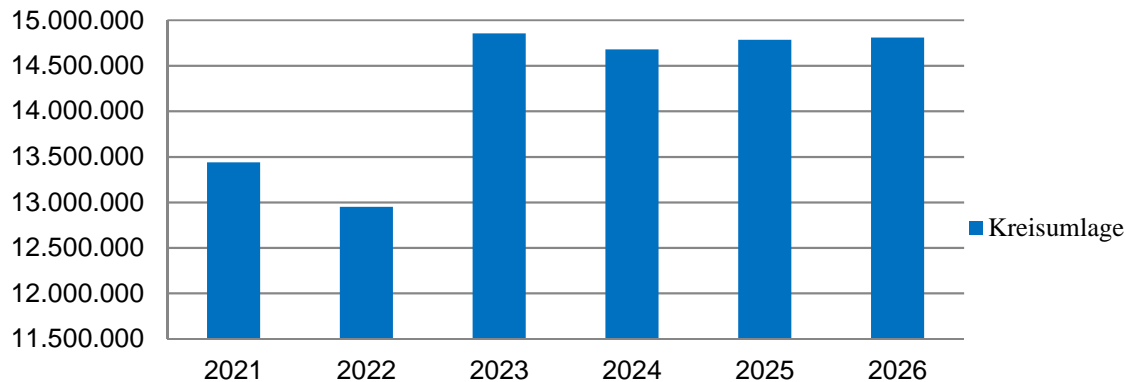
Insgesamt wurde ein Budget von 73.500 € in die Haushaltsplanung eingestellt. Die Mittel werden über eine Deckungsreserve bereitgestellt.

Rang	Gesamtstadt	Budget
1	öffentlicher Spielplatz in Semlin	15.000 €
2	Terrassenüberdachung Schmöckerstübchen in Semlin	15.000 €
3	Gemeinschaftsbackofen für Steckelsdorf	15.000 €
4	Abschlussveranstaltung Brandenburger Lesesommer	2.000 €
5	Wettkampfkoffer Jugendfeuerwehr Rathenow	2.000 €
6	Beleuchtung am Rideplatz	5.000 €
7	Defibrillatoren für die Sporthallen	4.500 €
	<b>Ortsteile</b>	
<b>Böhne</b>	Unterstand für Dorffestequipment	2.500 €
<b>Göttlin</b>	Ausstattung für Heimatverein	3.000 €
<b>Semlin</b>	Geschwindigkeitsanzeigetafeln	3.500 €
<b>Steckelsdorf</b>	Treffpunkt für Jung und Alt	4.000 €
<b>Grütz</b>	Sitzbänke	2.000 €

# Aufwendungen: Transferaufwendungen

Transferaufwendungen	RE 2021 in €	Ansatz 2022 in €	Ansatz 2023 in €
Zuweisungen und Zuschüsse	7.314.729,98	7.634.200	9.459.900
Kreisumlage	13.438.149,52	12.950.400	14.853.700
Gewerbesteuerumlage	441.075,00	580.000	580.000
<b>Gesamt</b>	<b>21.193.954,50</b>	<b>21.164.600</b>	<b>24.893.600</b>

## Entwicklung der Kreisumlage



Der Hebesatz für die Kreisumlage beträgt 2023 voraussichtlich 42,0 v.H. Die Kreisumlage steigt von geplant 12.950.400 € im Jahr 2022 auf 14.853.700 € im Jahr 2023. Das entspricht einer Erhöhung von 1.903.300 € oder 14,69%.

# Kernaussagen HH 2023

- kein ausgeglichener Ergebnis HH 2023 ff., aber Ausgleich über Entnahme Rücklage möglich
- Verbrauch der Rücklage bis 2026, ab 2026 HSK pflichtig
- Bestand an Zahlungsmitteln 28.11.2022: 11,5 Mio. €, aber Finanzierung Bautätigkeiten und Haushaltstreue
- investive Schlüsselzuweisung 2023 ca. 1,3 Mio. €
- kein ausgeglichener Finanzhaushalt, Abschmelzen des Zahlungsmittelbestandes
- keine Kreditaufnahmen, keine neuen Verpflichtungsermächtigung geplant
- **Risiken** im Haushalt ( nur z.T. abgebildet):
  - Preissteigerungen Energiesektor,
  - allgemeine Preissteigerungen im Dienstleistungssektor und Bau
  - Tarifverhandlungen TVÖD ab 01.01.2023
  - Gewinnausschüttungen der Versorgungsunternehmen E.DIS AG, Rathenower Wärmeversorgung GmbH
  - Verlustausgleich der Stadt für Sparte Schwimmhalle
  - Stadt ./ WBV Rechtsstreit Körgraben (>1,6 Mio. EUR)
  - Kitarechtsreform, Änderungen Kitagesetz
- **Chancen** im Haushalt:
  - 2 Mrd. Rettungspaket Land Brandenburg



# Beratungsfolge

Terminplanung Haushalt 2023:

- 28.11.2022 ABS
- 01.12.2022 AKO
- 06.12.2022 ASV
- 08.12.2022 AFR
- 14.12.2022 SVV





# Haushaltssatzung und –plan 2023 online

<https://www.rathenow.de/verwaltung-service/stadtpolitik/haushaltsplanung/>

Dort finden Sie auch die ausführlichen Teilhaushaltspläne sowie eine Investitionsübersicht.



# **Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!**

## **Fragen und Anmerkungen?**